

Proletarier aller Länder un unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
40. Jahrgang * H.Polifka PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2006 1,-- Euro
www.kpd-ml.net bzw. kpd-ml@arcor.de



Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 14. Januar 2007

um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten

"Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autorität in Fetzen zerrissen; ... Elend und Verzweiflung überall."

Dies schrieb Rosa Luxemburg vor 90 Jahren. Sie und Karl Liebknecht geißelten nicht nur die Schrecken des Krieges. Ebenso benannten sie dessen gesellschaftliche Ursachen, organisierten sie den Widerstand gegen das Morden und jene, die davon profitieren. Nicht zuletzt ihrer revolutionären Antikriegshaltung wegen wurden sie umgebracht.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ehrend wenden wir uns gegen imperialistische Kriege und gegen US-amerikanische Weltherrschaftspläne. Unsere besondere Solidarität gehört den Völkern Iraks, Palästinas, des Libanons sowie den geschundenen Menschen Afghanistans. Und dem kubanischen, venezolanischen und bolivianischen

Volk nicht minder. Unsere Solidarität gehört ebenso der israelischen Friedensbewegung. Wir demonstrieren gegen jegliche direkte und indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands, gegen alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO. Wir demonstrieren gegen den untrennbar mit Krieg und horrenden Rüstungsausgaben verbundenen rapiden Sozialabbau. Wir stellen uns gegen die zunehmenden Beschränkungen von Freiheitsrechten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung. Die außerparlamentarische Opposition, der Protest auf der Straße sind nötiger denn je. Und die auf der Straße brauchen die parlamentarische Unterstützung der Linken wie das tägliche Brot.

Wir wehren uns gegen faschistoide Tendenzen. Wir demonstrieren gegen Nazis, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Wir werden zeigen, dass wir dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus auf besondere Weise verpflichtet sind.



Wir - Linke unterschiedlicher Strömungen - werden am 14. Januar 2007 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf.

Berlin,
10.09.2006

DIE LEBENDEN DEM TOTEN . ERINNERUNG AN DEN 15. JANUAR 1919

Hartz IV und die Folgen ...

Die Lübecker ARGE ist von der Existenz weiblicher und männlicher Zahnbürsten überzeugt und beauftragt Mitarbeiterinnen, danach zu suchen. Mitarbeiter der städtischen ARGE mussten während ihrer Kontrollen die gesamte Wohnungseinrichtung der Hilfeempfänger angeben. Zum Beispiel muß in einem Fragebogen angekreuzt werden, ob im Bad/WC sich ein Spiegelschrank, eine Waschmaschine und ein Schrank befinden, Hygieneartikel (W) weiblich, Hygieneartikel (M) männlich, Rasierzeug und Kosmetika herumliegen und sich dort eine Zahnbürste (W) weiblich und eine Zahnbürste (M) männlich aufhalten. *(Oh Gott, doch hoffentlich nicht im selben Glas - was ist, wenn die Junge kriegen? - RS-Setzer)*

So will die städtische Arbeitsbehörde alles über die gesamte Ausstattung der durchsuchten Wohnungen mit Unterhaltungselektronik, wie z.B. Fernseher, Stereoanlage, Videorecorder, DVD-Player, Computer oder Laptop wissen.

Für die Leistungsgewährung seien Kenntnisse darüber, wo und wie Langzeitarbeitslose ihr benutztes Geschirr reinigen, ihren Kaffee kochen, ihr Brot rösten oder ihre Speisen erwärmen, nicht notwendig. Trotzdem würden Haushaltsgeräte die Neugierde der Sozialbehörde wecken. Deshalb mussten Mitarbeiterinnen des Ermittlungsdienstes in den Fragebögen ankreuzen, ob sie bei ihren Durchsuchungsaktionen einen Geschirrspüler, eine Spüle, eine Kaffeemaschine, einen Toaster oder eine Mikrowelle gefunden hatten. Die städtischen ArbeitsamtfahnderInnen sind auch verpflichtet, Fußbodenbeläge zu untersuchen, die Schuhe und das Bettzeug zu zählen (dabei dürfen sie Helme nicht übersehen), eine Skizze der durchsuchten Wohnungen anzufertigen sowie die Fotografien an den Wänden zu kontrollieren und ihrem Arbeitgeber verdächtige Abbildungen zu melden.

ALG II-Bezieher - Hunde bekommen mehr...

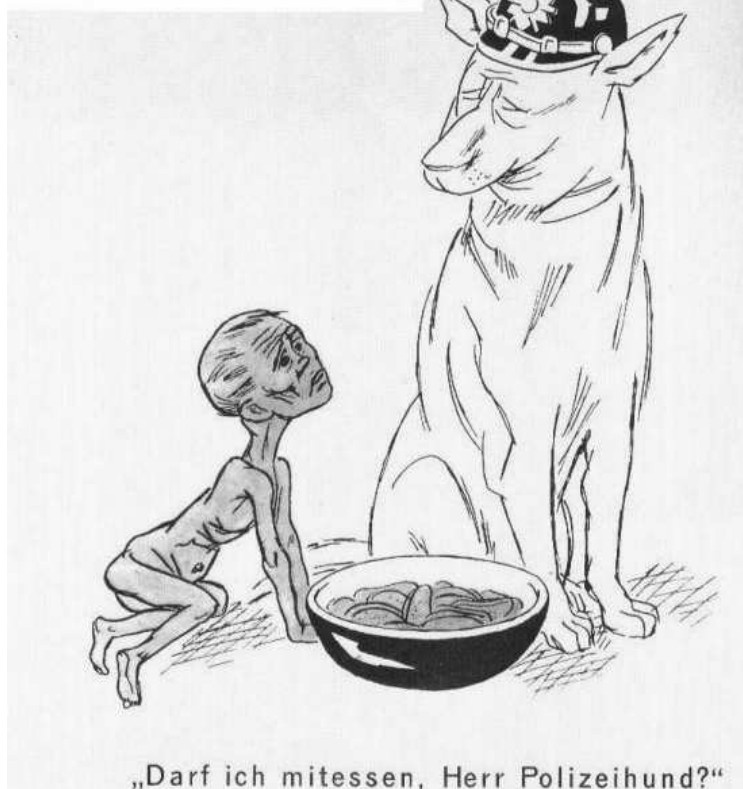
Für Essen und Trinken bekommt ein ALG II-Bezieher ganze 4,42 • am Tag. Hat er mehr Hunger und ißt mehr, dann muss er die letzten Tage des Monats in einer

Suppenküche essen oder das Gras auf der Wiese hinter dem Haus abweiden. In Thüringen ist jeder dritte Empfänger von Lebensmittelspenden ein Kind. Vor allem Kinder Alleinerziehender sind auf die Lebensmittelhilfe angewiesen, teilte der Verein zur Förderung der Thüringer Tafeln mit. In Thüringen gibt es 25 Tafeln mit 45 Essenausgabestellen. Zwischenzeitlich verfügt Deutschland schon über 600 Tafeln. Hartz IV hat den Kreis der Bedürftigen deutlich erweitert. Schon jetzt benötigen täglich über eine halbe Million Menschen Lebensmittelspenden, weil ihre Einkünfte nicht mehr zum Einkaufen ausreichen. Die Armut steigt und der Staat hilft Armen immer weniger. Die Politiker ziehen den Sozialabbau durch und erhöhen die tägliche Armut.

Das Kuriose: Eine Pressemitteilung der CDU gibt bekannt : **“Für einen Hund oder eine Katze im Tierheim gibt zum Beispiel Hamburg mehr Geld aus als für einen Langzeitarbeitslosen. 570 Euro zahlt die Stadt monatlich pro Tier.”**

Preußischer Haushalt

Im preußischen Etat sind eingesetzt:
Für jeden Polizeihund 52 Mark monatlich
Ab 1. April 1932 beträgt der Unterstützungssatz
für ein Kind bis zu
6 Jahren 12 Mark monatlich



Das sind 225 Euro mehr als Bezieher von

Arbeitslosengeld II, mit einem Regelsatz von 345 Euro, bekommen.

“Hartz IV ist offener Strafvollzug. Es ist die Beraubung von Freiheitsrechten.

Hartz IV quält die Menschen, zerstört ihre Kreativität.”

Der Chef der Drogeriekette dm, Goetz Werner, in einem Interview mit dem Magazin Stern am 20.04.06

Politiker fordert Zwangsdienst für Hartz-IV-Empfänger

Stefan Müller, CSU-Abgeordneter im Bundestag, fordert "Gemeinschaftsdienst für Langzeitarbeitslose". Dieser Dienst, findet er, solle bundesweit eingerichtet werden und für alle verpflichtend sein, die Arbeitslosengeld nach Hartz IV empfangen.

"Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich dann jeden Morgen bei einer Behörde zum 'Gemeinschaftsdienst' melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt - acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag", sagte Müller in der "Bild"-Zeitung. Wer sich verweigere und nicht erscheine, müsse "mit empfindlichen finanziellen Einbußen rechnen".

Müller begründet seine Forderung mit den Worten: "Die Langzeitarbeitslosen haben so nicht länger das Gefühl, überflüssig zu sein, gewöhnen sich wieder an regelmäßige Arbeit." Ein "positiver Nebeneffekt" sei, dass sie in dieser Zeit nicht schwarzarbeiten könnten. "Arbeit, die getan werden muss, wird dann wieder nur von Sozialversicherten erledigt. Das schafft neue Arbeitsplätze und füllt die Sozialkassen", sagte Müller.

Terror gegen Langzeitarbeitslose

Während die in Regierung und Fraktionsspitzen tätigen Politiker ihre Pläne zur Verschärfung der sozialen Barbarei nüchtern-technokratisch umsetzen, lassen einige Parteifunktionäre ihrem unbändigen Haß auf die sozial marginalisierten Bürger der Bundesrepublik freien Lauf. Zu diesen Gestalten gehört der CSU-Generalsekretär Markus Söder. So forderte er für Langzeiterwerbslose eine Art permanente Residenzpflicht. "Es gibt für die Hartz IV-Empfänger keinen Urlaubsanspruch. Das geht nicht", bellte Söder. Es müsse schließlich klar sein, "daß sich jemand nicht ausruhen kann in

Hartz IV". Von morgens um 8.00 Uhr bis Abends um 18.00 Uhr sollen sie zu Hause sein und jederzeit erreichbar.

Schwachsinn, natürlich. Wann sollen sie aber auf Arbeitssuche gehen? Nachts?

Langzeiterwerbslose sind unnütze Schmarotzer, denen man als Strafe für ihre bloße Existenz das Leben auch über die rein materielle Armut hinaus zur Hölle machen muß. Ergänzt um die Vorschläge zur täglichen morgendlichen Meldepflicht in kommunalen Sammelstellen und zur Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften statt Übernahme der Mietkosten, kommen Einpeitscher wie Söder der Skizzierung eines neuen Typs von Untermenschen schon ziemlich nahe.

Als Stichwortgeber sind solche Propheten des antisozialen Terrors unverzichtbar. Vieles von dem, was aggressive Eckenbrüller in die politische Debatte einwarfen, ist längst gesetzliche Realität. Auch die Abschaffung jeglicher Zumutbarkeitsgrenzen für Erwerbslose und die flächendeckende Bespitzelung zur Ermittlung möglicher unterhaltspflichtiger Bedarfsgemeinschaften waren zunächst nur vermeintlich irrelevante Vorstöße Einzelner, bevor einige Monate oder auch Jahre später eine Mehrheit der deutschen "Volksvertreter" dafür ihre Hand hob.

Ohnehin ist der Terror gegen diese Bevölkerungsgruppe kein Selbstzweck, sondern Vehikel für das große Ziel der "Neoliberalen": die drastische Absenkung der sozialen und tariflichen Standards für die breite Masse der noch regulär Beschäftigten.

**Jeder Arbeitslose,
jeder Hartz IV-Empfänger,
jeder 1 Euro-Zwangsarbeiter,
jeder Obdachlose:**

**Eine Bankrotterklärung
des kapitalistischen
Systems!**



Der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er was unternimmt.
 Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er arbeitet.
 Wenn die Arbeiter was unternehmen,
 dann müssten die Unternehmer arbeiten.

Alles muss auf dem Prüfstand!

Die Systemfrage

Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung sind nicht auf ein "falsche Politik" zurückzuführen, sondern sind die innere Logik des Systems. Wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit ist nicht in der falschen Politik zu suchen, die man einfach mit einem Politikwechsel wechseln müsste. Sie ist auch nicht in der Ideologie des Neoliberalismus zu suchen, die plötzlich von den Köpfen der Herrschenden und ihrer Parteien Besitz ergriffen hat und mit Hilfe von Aufklärung durch die Ideologie der sozialen Gerechtigkeit ersetzt werden müsste.

Sie ist darin zu suchen, dass das Kapital mit Hilfe der technologischen Revolution immer weniger Ware Arbeitskraft braucht, um sie zu verwerten. Sie ist darin zu suchen, dass dieser Prozess durch Krisen beschleunigt wird, der ebenfalls durch die Produktivität unter der Regie des Kapitals hervorgerufen wird.

Die Hartz-Gesetze reagieren auf die tiefste Krise der Nachkriegszeit in Deutschland. Diese tiefste Krise äußerte sich beim Finanzkapital darin, dass die Kreditinstitute und Versicherungen 2003 zum ersten Mal insgesamt Verluste ausgewiesen haben. Beim Staat gibt es die größten Haushaltsdefizite der Nachkriegszeit und bei den Sozialversicherungen die größten Löcher der Nachkriegszeit.

Die Krise war/ist Ergebnis gestiegener Produktivität. Wenn immer mehr Produkte mit immer weniger Arbeitskräften hergestellt werden, ergibt sich daraus, dass periodisch Überproduktionskrisen ausbrechen **müssen**, in denen die Überkapazitäten als Grundlage der Überproduktion mitsamt der überflüssigen Arbeitskräfte abgebaut werden **müssen**. In jeder Krise fallen die Profitraten, aber auch in der langfristigen Entwicklung. **Im Kapitalismus** kann keine wie auch immer geartete Regierung etwas daran ändern, auch keine kommunistische!

Die Agenda 2010 ist der Versuch des Kapitals, die Profitrate durch Lohnsenkungen, Senkung der Sozialleistungen, Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Arbeitszeitverlängerung, Gewinnsteuersenkungen usw. wieder anzuheben.

Die Arbeiterklasse eine Benachteiligte, eine Randgruppe - oder stärkstes Glied dieser Gesellschaft?

Die letzten drei Proleten...

sie sitzen im Bundestag

"Bild" - von vielen als Sudelblatt angesehen - erkennt ab und zu, dass die Stimmung im Land eine andere ist als uns unsere Herren weismachen wollen. Dass dieser Raubzug - genannt Reformen - auf breite Ablehnung stößt, ist offensichtlich. Ein Großteil der Kritiken betrifft die Politiker. Noch ist der Kapitalismus als Gesellschaftssystem kaum ins Visier der Kritik gekommen und der Prellbock Politiker noch weit verbreitet. Am 28./29. Juli berichtete "Bild": "Politiker fordern Arbeiter-Quote im Bundestag!" Angeblich sind die "Volksparteien" von "Bild" aufgeklärt worden und sind auch "erschrocken". "Nur noch drei Arbeiter sitzen im Bundestag", so "Bild". Das darf nicht sein: "CSU-Wirtschaftsexperte Hans-Michelbach (Unternehmer) will sogar die Parteistatuten ändern, wenn es gar nicht anders geht." Und ein SPD-Hansel "mahnte": "Die Parteien sollten bei der Kandidatenaufstellung die Erfahrungen der Arbeiter nutzen." (K. Brandner). Und der Juso-Chef Niels Annen "fordert" gar: "Das Parlament muss den Durchschnitt der Bevölkerung repräsentieren!"

Viel Geschwafel, ändern wird es nichts. Die Repräsentanten der Bevölkerung sind diese Damen und Herren Volks-zer-terter wahrlich nicht. Und sollen es auch gar nicht sein. Der letzte Arbeiter im Bundestag, der es "zu was gebracht" hat, war Norbert Blüm. Vorher hatte er es in allen möglichen Minijobs versucht. Nur Strichjunge war er wohl nicht. Dann entdeckte er seine Begabung für durchschlagende Pointen: "Marx ist tot, Jesus lebt" und "Die Rente ist sicher". Er war der Kleine-Mann-Darsteller der Kohl-Ära. "Seit Gründung der BRD 1949 ging die Zahl der in Bundestag und Regierung vertretenen Arbeiter ständig zurück. 1970 waren es noch 17, 1992 nur noch zwei, zur Zeit, wie gesagt, sind es drei. Aber fast jeder dritte Berufstätige ist Arbeiter! Etwas stimmt da nicht." Richtig, "Bild"! Diese Politikerkaste will unter sich bleiben. Wozu Arbeiter? Gewiss sieht dann alles netter aus, eben

volkstümlicher.

Im "Grundwissen für Politik, Bd. 26", Verlag Leske und Budrich 2000, steht auf Seite 168 die Berufsstruktur des XII. Deutschen Bundestages (1990-94) unter der Rubrik "Politische Randgruppen": a) Hausfrauen und danach b) Arbeiter. Der Arbeiteranteil in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag war demnach 0,6%, in der SPD 2,5%, FDP, Grüne und PDS (!) 0,0%. Angestellte der Wirtschaft, Selbstständige, Angehörige freier Berufe, Beamte, Richter und Pfarrer bestimmen die Berufsstruktur im Bundestag. Und die Arbeiter?

In der Öffentlichkeit bedauern Organisationen und Bündnisse die Benachteiligung von Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern usw. Ist die Arbeiterklasse zu bedauern, existiert sie überhaupt noch? Weit verbreitet ist die Ansicht, es gäbe sie nicht mehr.

Wir halten die Arbeiterklasse für das stärkste Glied dieser Gesellschaft. Sie produziert fast den gesamten Reichtum in diesem Land. Fast alle anderen Mitglieder der Gesellschaft können nur von dem Reichtum leben, den die Arbeiterklasse schafft. Sie hat damit eine riesige Macht in ihren Händen.

Bereits 1986 (!) stellte der DGB fest, dass in bestimmten Industriebereichen die Arbeiter in der Stunde ganze 4 Minuten für ihren Lohn arbeiten (einschließlich Lohnnebenkosten, Sozialleistungen ect.). Den Rest malochen sie für das Kapital. Ganze 3 Jahre ihres Lebens schaffen sie für sich, die restlichen Jahrzehnte (ca. 44 Jahre, wenn möglich) gehören sie dem Ausbeuter. Die Gesellschaft wird zwar immer reicher - andererseits verarmen immer mehr Menschen.

Die Arbeiterklasse muss sich nur dessen bewusst werden, dass sie die wichtigste Kraft in der Gesellschaft ist. Bedauernswert ist sie nur, solange sie sich vor den Karren von Leuten spannen lässt, die die Arbeiterklasse bändigen, zügeln und in einen "sozialen Konsens" einbinden wollen.

Das bürgerliche Parlament soll wirken zum Erreichen der allgemeinen zentralen Zielstellung - der Integration der Werktätigen in das imperialistische Herrschaftssystem. Die Parlamentsparteien sollen dem Bürger das Gefühl und das Bewusstsein vermitteln, nicht nur Objekt, sondern Träger der Staatsgewalt zu sein. Die Arbeiterklasse soll also alle Gebrechen des Kapitalismus in Kauf nehmen. Die Bourgeoise stellt jetzt aber fest, dass diese Betrugshandlungen schwer vermittelbar sind, wenn gerade mal 3

"Arbeiter" im Bundestag sitzen. Mit Geschrei wird das Ganze übertüncht und "Besserung" versprochen. Dabei wird es auch bleiben.

Ob nun im Bundestag ein "Arbeiter" mehr oder weniger sitzt - was macht es schon? Sie würden nur als Feigenblatt erhalten. Zumindest solange sie nicht die Vertreter einer wirklichen linken Opposition sind. Und die ist noch in weiter Ferne.

Die Legende vom Sozialstaat

Eine politische Form der Beruhigung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Sozialismus und später gegen das entartete, revisionistische System war der sogenannte "Sozialstaat". Den gab es aber zu keinem Zeitpunkt. Was es aber immer gab, das waren Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Klassenkämpfe. Eine Insel der Seligen gab es nie! Was es allerdings auch gab und noch immer gibt, das war und ist die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Arbeiterbewegung mit ihrer Politik der Klassenversöhnung. Die Arbeiteraristokratie war immer Hemmschuh des Klassenkampfes. Sie suchte einen "sozialen Konsens" mit dem Kapital. Sie akzeptierte die Standortpolitik, d.h. sie ist bereit, die Logik der Kapitalkonkurrenz zu übernehmen, und hofft, dass die Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern die Verlierer sind, so dass das deutsche Kapital sich ausdehnen kann und hier keine großen Beschäftigungseinbrüche erfolgen. Aufgabe der Gewerkschaften sollte es aber sein, als Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals zu wirken. Sie verfehlen ihren Zweck, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. Statt des reaktionären Mottos: "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!" sollten die Gewerkschaften auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben:

"Nieder mit dem Lohnsystem!"

Doch bis dahin müssen Auseinandersetzungen in und außerhalb der Gewerkschaften geführt werden, um für eine weitreichende Umorientierung zu wirken.

Ein Stahlarbeiter von Rheinhausen während des Streiks 1988: "Hör mir auf mit Sozialismus - **die Arbeiter müssen die Macht haben!**"

Recht hat er!

Ein alter Hut...

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlichte am 2.12.1929 eine Denkschrift, die in den Grundzügen den heutigen Konzepten des Monopolkapitals zur "Lösung" der Krise völlig entspricht

"Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist... die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes". Die Kapitalakkumulation ist eben der Lebenszweck der Bourgeoisie. Und die Propagandalüge von den Gewinnen, die Investitionen und damit Arbeitsplätze und Wohlstand für alle bedeuten, gehört ebenso dazu. "Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgänglich notwendige Maß zurückzudämmen". Durch Steuersenkungen die Nettoprofitraten erhöhen, gehört zum Standardrepertoire des Kapitals. Das wird heute moderner als "Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" und "Stärkung des Standorts" verkauft. "Die bisherigen Grundlagen der Sozialversicherungsgesetze sollen erhalten bleiben, aber Ausgaben und Leistungen müssen im Gegensatz zum jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit angepaßt werden".

Die Sozialversicherungsausgaben sind Lohnkosten, deren Senkung wiederum die Profite steigert. Gerade in Krisenzeiten braucht man das.

Der RDI verlangte ferner eine "energische Senkung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften" und die "Beschaffung der Mittel stärker als bisher durch indirekte Besteuerung". Natürlich: wenn Kapitalsteuern sinken, müssen andere Ausgaben beschnitten werden. Was sonst? Fehlt nur noch der Angriff auf die Löhne: "Ebenso hemmend wie das Steuersystem wirkt sich die Lohn- und Gehaltshöhe aus. ... Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung. ... Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt." (So der Jahresbericht der Deutschen Bank von 1929)

Na klar: die Arbeiterklasse ist mit ihren

"überhöhten" Löhnen schuld an der Arbeitslosigkeit und der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit sind Lohnsenkungen. Die alte Leier.

Da das Interesse des Kapitals an Maximalprofit heute wie damals dasselbe ist, sind auch die Methoden zur Steigerung der Profitraten und die Konzepte im Prinzip dieselben. Die Seifenblasen der "Sozialen Marktwirtschaft" und des "Sozialstaates" zerplatzen, weil sie in den Interessen des Kapitals letztlich kein Fundament haben. Die ökonomische Entwicklung, die das Kapital hervorruft, führt zu Krisen und Verelendung der Arbeiterklasse, nicht zu sozialer Sicherheit und Wohlstand.

Solange der Kapitalismus existiert, wird ihm und seinen Parteien nichts anderes einfallen, als "die Förderung der Kapitalbildung" als Selbstzweck. So etwas wie "soziale Verantwortung" kann es nur geben, wenn die Werk tätigen selbst über die Produktionsmittel



und ihren eigenen Staat verfügen und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht mehr in den zu engen Rahmen der Kapitalakkumulation als den Hauptzweck der Produktion eingesperrt wird.

(alle Zitate aus Ulrike Hörster-Philipps: Wer war Hitler wirklich, Großkapital und Faschismus 1918-1945, Dokumente; Köln 1978, S. 76 bzw. 80).

Was treibt eigentlich die Sozialdemokraten heute diesen Kahlschlag zu betreiben?

Ernst Thälmann stellte auf dem XII. Parteitag der KPD am 10. Juni 1929 in Berlin eine ähnliche Frage:



“Wir müssen uns ernst fragen, weshalb die Sozialdemokratie auf dem Magdeburger Parteitag gezwungen war, alle ihre Schandtaten der Koalitionspolitik usw. so offen zu verteidigen und den ‘Mut zur Unpopularität’ aufzubringen... Was heißt ‘Mut zur Unpopularität’? ... Die klipp und klare Antwort auf die gestellte Frage, warum die Sozialdemokratie gezwungen war, schon von dem Mut zur Unpopularität zu sprechen, lautet: die Sozialdemokratie muß jetzt sich selbst vor der breiten Masse entlarven, weil die allgemeine ökonomische und politische Lage Deutschlands sie zwingt, durch dick und dünn mit der Trustbourgeoisie und ihren Partnern in der Koalition, der deutschen Volkspartei und dem Zentrum, zusammenzugehen und deren Wünsche zu erfüllen”.

Wie die Zeiten sich doch gleichen...

Und zur Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen stellte Ernst Thälmann unter Punkt 4 fest: “Der Abbau der Sozialpolitik auf allen Gebieten, in der Frage der Erwerbslosen, der Kranken, der Rentner und Invaliden, bei dauernder Verschärfung des Steuerwuchers, bedeutet eine weitere Tatsache, die zur Senkung des Lebensniveaus der Massen beiträgt. ... Es sei denn, dass der Widerstand und die Rebellion der Massen so stark werden, dass die Bourgeoisie vielleicht nicht in der Lage ist diesen Abbau durchzuführen”. (Hervorhebung RS-Red.)

Es war einmal eine revolutionäre SPD - aber das ist lange, lange her:

"Diesem System keinen Mann und keinen Groschen"

(August Bebel; Mitbegründer und Vorsitzender der SPD bis 1912)

"...wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden" (Wladimir Iljitsch Lenin)

Auf der Montagsdemo gesprochen - und schon ist man kriminell?

Gegen Monika Kuske aus Magdeburg besteht eine Vorladung der Polizeidirektion Stendal. Am 17. Januar um 13.00 soll sie in Magdeburg erkennungsdienstlich behandelt werden. Also Fingerabdrücke und Fotos, und schon in der Verbrecherkartei. Was wird ihr Schlimmes vorgeworfen?

Seit 2004 hat sie an vielen Montagsdemos teilgenommen. Meist in Magdeburg, im letzten halben Jahr aber manchmal auch in Haldensleben. In Haldensleben gab es oft Aufmärsche von Faschisten, die ihre Teilnahme an der Montagsdemo durchsetzen wollten. Am offenen Mikrofon hat sich Monika Kuske in Haldensleben im Sommer 2006 für das Verbot aller faschistischen Organisationen ausgesprochen. Bei der Montagsdemo Haldensleben war ein Polizeikommissar Scheel anwesend und meinte, etwas Verfassungsfeindliches gehört zu haben. Seit einem halben Jahr wird nun ein Strafverfahren betrieben wegen eines mündlichen Beitrages von vielleicht drei Minuten Länge.

Begründet wird das Ganze so: Ihr Redebeitrag ist Anlass zu einem Strafverfahren wegen AStörung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Die Polizei schreibt weiter in ihrer Vorladung: Aufgrund der Begehungsweise in dem Anlassverfahren und der darüber hinaus vorliegenden polizeilichen Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass sie zukünftig erneut in gleicher oder ähnlicher Weise straffällig werden oder zumindest in den Kreis möglicher Tatverdächtiger bei vergleichbaren Delikten einzubeziehen sind. Die erkennungsdienstliche Behandlung ist nur noch durch Klage abzuwenden.

Das bedeutet nicht nur eine Vorverurteilung als straffällige Person ohne jede richterliche Entscheidung. Monika Kuske engagiert sich seit Jahren politisch, gegen Faschisten, für Gewerkschaftsarbeit, für ihre sozialistischen Überzeugungen. Sie hat auf der Liste der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands zum Bundestag und zum Landtag kandidiert. Vermutlich gibt es über sie schon eine dicke Akte. Eine Kriminalisierung von ihr und anderen Personen aus der antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Bewegung ist abzulehnen.

Monika Kuske hat einen Rechtsanwalt eingeschaltet, es wird Klage gegen das Vorhaben

der Polizeidirektion Stendal vor dem Verwaltungsgericht Magdeburg erhoben.

Sie hofft auf Solidarität: "Bitte protestieren Sie gegenüber dem Verwaltungsgericht und der Polizeidirektion Stendal. Machen Sie den Skandal in der demokratischen Öffentlichkeit bekannt. Statt gegen mich sollte die Polizei endlich entschieden gegen die Faschisten vorgehen, die immer mehr Überfälle verüben."

Nachfolgend Anschriften für Protestbriefe.

● Polizeidirektion Stendal
Uchtewall 5
39576 Stendal

● Verwaltungsgericht Magdeburg
Schönebecker Str. 67 A
39104 Magdeburg

● Monika Kuske,
Schönebecker Str. 99
39104 Magdeburg

● Email: mbkuske@aol.com

Monika Kuske (mit Plakat) auf dem antifaschistischen Aktionstag "Bunt statt Braun" in Halberstadt am 22. April 2006



Kommentar:

Ein Schritt in die richtige Richtung - das Bündnis gegen Faschismus und Imperialismus

Über das Jugendlager in Dänemark haben wir bereits in unserer letzten Ausgabe berichtet. Erfreulich ist, daß es auch für die Arbeiterklasse in Deutschland positive Ergebnisse brachte. Wir wissen von Vertretern aus sechs Organisationen aus Deutschland, die am Sommerlager teilnahmen. Das Zusammensein dieser im Camp hatte zur Folge, daß sich seitdem bereits zweimal Vertreter dieser sechs Organisationen in Hamburg trafen, um weiterhin politisch zusammenzuarbeiten und z.B. anlässlich des bevorstehenden G8-Gipfels im Sommer gemeinsam den Widerstand zu organisieren. Inzwischen sind weitere Organisationen und auch Einzelpersonen dazu gestoßen.

Erfreulich ist, daß zum erstenmal seit vielen Jahren wieder Vertreter von KPD, Arbeit Zukunft und KPD/ML gemeinsam am Tisch saßen. "Werdet Euch erst einmal selbst einig!" ist eine Forderung vieler Arbeiter an uns, die jeder von uns kennt. Die beiden bisherigen Konferenzen in Hamburg waren ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Arbeitsatmosphäre in Hamburg empfanden die Delegierten der KPD/ML als ausgesprochen angenehm - es waren offensichtlich alle Beteiligten bemüht, auch bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten das Gemeinsame in den Mittelpunkt zu stellen. Wir sind sicher, daß durch den Verlauf beider Arbeitstreffen auch manches Unbehagen, das man gegenüber Vertretern anderer Parteien und Gruppen hatte, abgebaut wurde.

"Die Jugend wird den Kampf entscheiden," darauf hatte unser verstorbener Parteivorsitzender Ernst Aust hingewiesen. Die Jugendlichen aus dem Sommerlager bestätigten die Richtigkeit dieses Hinweises. Mit jugendlichem Schwung setzten sie sich bei der Planung und Organisation des Bündnisses über so manches formale Hindernis hinweg - die Probleme, die wir "alten Knacker" seit Jahren miteinander und gegeneinander hatten, hatten sie untereinander nicht. Die ersten Ergebnisse liegen inzwischen vor: einige gemeinsame Flugblätter (manchmal mit "Geburtswehen" entstanden), der in dieser Ausgabe abgedruckte Text zum G8-Gipfel und die geplante Konferenz in Berlin am 13. Januar 2007. Die KPD/ML möchte sich auf diesem Wege bei den Jugendlichen bedanken. Dass sie uns endlich

wieder an einen Tisch gebracht hat, ist im Interesse der Arbeiterklasse in Deutschland. Die Arbeiterbewegung ist so schwach wie noch nie, die Kapitalisten führen nicht nur deswegen die schwersten Angriffe seit dem Nazi-Regime gegen sie durch. Das macht eine starke Führungskraft unbedingt notwendig. Der Schwung der "dänischen" Jugend sei uns ein Vorbild! Und wir fordern Euch auf: macht uns in diesem Sinne weiter Feuer unterm Arsch!

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN
AUFBAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM
ARBEITSPLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

* * * * *

Abonnement:

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer Roter Stern abonnieren möchte, kann das tun:

Bitte, überweist den

Preis für 6 Ausgaben 10,- • incl. Porto

auf das Konto:

**F. Pöschl, Postbank Köln, K-Nr. 152160508,
BLZ 370 100 50**

SKANDAL MANNESMANN-PROZESS

von: **Arbeit-Zukunft**

Herausgegeben von der

Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

<http://www.arbeit-zukunft.de>

6.12.06: Die skandalöse Einstellung des Mannesmann-Verfahrens gegen geringe Geldbußen hat nicht nur deutlich gezeigt, dass es in diesem Land eine Klassenjustiz gibt. Sie hat auch viele Fragen über den Zustand der Gewerkschaften aufgeworfen.

Unter den Beteiligten, die sich mit Strafzahlungen von einem Urteil frei kauften waren unter anderem Ex-IGM-Chef Klaus Zwickel mit 60.000 Euro und der Ex-Konzernbetriebsratschef Jürgen Ladberg mit 12.500 Euro.

Ausgesprochen übel stößt dabei das Verhalten des Ex-IGM-Vorsitzenden Zwickel auf, der zunächst immer seine Unschuld betont hatte. Er hatte so getan, als habe er mit dem Vorgang nichts zu tun. Inzwischen bekennt er sich frech und offen zu den Zahlungen von 57 Millionen Euro an ehemalige Mannesmann-Manager. Für ihn ist das völlig "normal". Dass er nun nicht verurteilt wurde, sah er als Sieg der Gerechtigkeit! Im jetzt zu Ende gegangenen Prozess behauptete Aufsichtsratschef Joachim Funk, diese horrenden Prämien seien ein "Stück Unternehmenskultur" und Zwickel unterstützte ihn, die Prämien seien berechtigt gewesen. Für ihn habe außer Frage gestanden, dass für außergewöhnliche Leistungen auch im nachhinein Prämien vereinbart werden könnten. Dies sei gängige Praxis bei Mannesmann gewesen. Und für die Aktionäre sei die Übernahme ja ein "einmaliges Geschäft" gewesen.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Der ehemalige Vorsitzende der IG Metall verteidigt millionenschwere Prämien für Manager als "Lohn" für "außergewöhnliche Leistungen"! Er verteidigt die "einmaligen Geschäfte" der Aktionäre!

Hat er vergessen, wer dafür bezahlen musste? Gewiss nicht! Die Arbeiter und Angestellten haben diese Millionen erwirtschaftet. Sie waren die Opfer der Übernahmeschlacht. Und der ehemalige IGM-Vorsitzende findet es völlig "normal", dass die Arbeitsplatzvernichter Kasse machen und für ihre Entlassungsorgien belohnt werden. Er zeigt deutlich, auf welcher Seite er steht: Auf der Seite des Kapitals!

Einer wie Zwickel gehört an die Spitze eines Kapitalistenverbandes, nicht in eine Gewerkschaft! Er ist selber durch seine zahlreichen Pöstchen zum Millionär geworden und hat das entsprechende Klassen-Bewusstsein. Das kann man ihm nicht verdenken. Denn als Marxisten wissen wir, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Wenn Zwickel Position für das Kapital ergreift, dann verteidigt er seine ureigensten Klasseninteressen. Denn Millionär wird man nicht durch eigene Arbeit, sondern durch Ausbeutung anderer oder dadurch dass man von der Ausbeutung anderer ein paar

Brosamen für seine Dienste für das Kapital abbekommt. Das Problem ist nicht Zwickel. Das Problem liegt in den Gewerkschaften! Kein Kapitalistenverband käme auf die verrückte Idee, einen einfachen Arbeiter zu seinem höchsten Repräsentanten zu machen. In den Gewerkschaften ist es mittlerweile selbstverständlich, dass die Spitzen dicke Managergehälter wie in Unternehmerverbänden erhalten und so zu Millionären werden, ihr Geld in Aktien anlegen, Vermögen anhäufen. Es darf einen dann nicht wundern, wenn das Bewusstsein solcher Herrschaften entsprechend aussieht. Millionäre gehören nicht an die Spitze von Gewerkschaften, sondern sollten in Unternehmerverbände eintreten. Und wer nur für ein Managergehalt arbeiten will, der gehört ebenfalls nicht in eine Gewerkschaft.

Der Fall des Ex-Betriebsratschef Volkert von VW, der neben seinem Gehalt Sonderbonuszahlungen in Höhe von rund 2 Millionen Euro erhalten hat, zeigt mehr als deutlich, die Konsequenzen einer "Manager-Gewerkschaft", die sich immer enger an das Kapital bindet und damit auch Tür und Tor für Korruption und jede Art von Schachereien öffnet. Wer für das Kapital Verständnis hat, wer mit ihm "Bündnisse" schmieden will, wer die Kollegen mit wortradikalem Gebrülle und ständigen faulen Kompromissen abpeisen will, der schafft den geistigen Boden, auf dem solche Zustände gedeihen können.

In den Gewerkschaften darf nun nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden, als ob nichts geschehen wäre. Diese Vorfälle müssen klare und durchschaubare Konsequenzen haben.

Als erstes müssen Leute wie Zwickel, Ladberg und Volkert endlich wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens ausgeschlossen werden! Die Gewerkschaften zerstören sich selbst, wenn sie solche Freunde des Kapitals in ihren Reihen dulden!

Zweitens muss mit der "Managerkultur" an der Spitze der Gewerkschaften Schluss sein! Es muss Schluss sein mit aufgeblähten Gehältern. Gewerkschaftsführer müssen nach dem Tarif bezahlt werden, den sie für Ihre Kolleginnen und Kollegen durchsetzen! Und an die Spitze von Gewerkschaften gehören keine Millionäre, sondern Kolleginnen und Kollegen!

Es wird Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder sein, dafür einzutreten und zu sorgen, dass die Gewerkschaften ihnen gehören und nicht von irgendwelchen Millionären ruiniert werden.

dm

KPD-Roter Morgen

<http://www.kpd-online.info>

Wess' Brot ich eß, dess' Lied ich sing

(16.11.06)

Wie jetzt bekannt wurde, hatte der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Kahrs für seinen Wahlkampf Spenden von den Rüstungsfirmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall erhalten. Kahrs gilt als Militärexperte seiner Partei und ist seit Beginn dieser Legislaturperiode im Haushaltsausschuß Berichterstatter der SPD- Fraktion für das "Verteidigungs" ministerium. Er ist darüber hinaus Vorsitzender der Fraktions-Berichterstatter. "Damit fällt ihm eine entscheidende Rolle zu, wenn Bundesverteidigungsministerium und Parlament um Details bei Rüstungsgeschäften im Auftrag der Bundeswehr feilschen." (FR 28.9.)

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Demzufolge hat Kahrs auch jede Kritik zurückgewiesen. Das war anständig. Wie kann man denn Krauss-Maffei und Rheinmetall beschuldigen, Abgeordnete zu kaufen!

Prominente Vorgänger

Und immerhin könnte Kahrs mit Fug und Recht anführen, daß - sagen wir mal - finanzielle Kontakte zwischen Rüstungsunternehmen und Politikern seit jeher gang und gäbe sind. Denken wir - um mal einen großen Namen zu nennen - beispielsweise an den seligen Franz Josef Strauß (CSU), der oft genug im Zentrum entsprechender Affären stand und der immer heil herauskam. Nehmen wir etwa den HS-30-Skandal: Strauß hatte bei einer Firma einen Schützenpanzer bestellt, die noch nie Schützenpanzer gebaut hatte; er hatte als Vorschuß 205 Millionen Mark bekommen; der Rechnungshof beanstandete Strauß' Verhalten; letzterer belog das Parlament und so fort. Oder die Starfighter-Affäre, die fast 100 Piloten das Leben und den Steuerzahler mehr als 1,5 Milliarden Mark für über 200 abgestürzte Starfighter kostete. Strauß hatte den Starfighter als Atomwaffenträger beschafft, obwohl er

nicht als solcher konstruiert war. Offenbar war Bestechung seitens der Firma Lockheed im Spiel; Strauß mußte als Kriegsminister seinen Hut nehmen, nahm dabei aber gleich kiloweise Akten mit, so daß man ihm nichts mehr nachweisen konnte. Da ist ein Kahrs doch geradezu ein Waisenknabe! Noch einfacher freilich ist es, wenn Rüstungsunternehmen ihre eigenen Leute an die Schaltstellen des Beschaffungswesens im Kriegsministerium setzen. Nehmen wir Mommsen, seinerzeit Vorsitzender des Thyssen-Vorstands. 1970 verzichtete er auf alle Funktionen bei Thyssen, um unter dem späteren Bundeskanzler und damaligen Kriegsminister Schmidt (SPD) Staatssekretär im Bonner Kriegsministerium zu werden. Dort wurde er Beauftragter für Rüstung und Beschaffung, das heißt, er saß an entscheidender Stelle bei der Vergabe der anrollenden Waffenaufträge. Für den Steuerzahler war das ungeheuer "günstig", denn Mommsen ließ sich für die Ausübung seines Amtes nur ein symbolisches Gehalt von 1 Mark auszahlen - der Mann muß ein Philanthrop gewesen sein! Ende 1972 beendete er seine Tätigkeit in Bonn und kehrte in die Chefetagen der Rüstungsindustrie zurück, diesmal an die Spitze des Krupp- Konzerns. In einem Interview mit dem Spiegel hatte Mommsen 1970 als Staatssekretär erklärt: "Bei unseren ganzen Forschungs- und Entwicklungsprojekten hat die Industrie aufgrund des Kostenerstattungsprinzips überhaupt kein Risiko. Alles wird bezahlt."

Nach alledem versteht man etwas besser, warum Kahrs kein Unrechtsbewußtsein hat. Er hat nämlich nach den Normen der Herrschenden kein Unrecht begangen. "Enge Kontakte von Politik und Wirtschaft" - nicht zuletzt Rüstungswirtschaft - gehören nun mal zum "Kernbereich unserer parlamentarischen Demokratie".

Flugblatt-Text des Anti-G8 Bündnis gegen Imperialismus und Faschismus:

Ihr Gipfel, unsere Welt - unser Protest!

110 Millionen Euro - soviel soll der G8-Gipfel 2007 im Ostseebad Heiligendamm schätzungsweise kosten (Angabe der Gewerkschaft der Polizei).

110 Millionen Euro für: eines der teuersten Luxushotels Deutschlands für Merkel, Bush, Putin und Konsorten; diverse weitere Hotels für Begleitpersonal und Dolmetscher; Zehntausende von Polizeieinsatzkräften, militärische Absicherung durch Marine und Luftwaffe; Festungsanlagen, und ein 13 km langer und 2,50 m hoher Stacheldrahtzaun, die eigens für den Gipfel errichtet wurden; u.v.m.

All das müssen wir bezahlen, die Werktätigen, Erwerbslosen, RenterInnen, StudentInnen und SchülerInnen mit unseren Steuern, mit Sozialkahlschlag und Kürzungen bei Bildung, Kultur und Gesundheit. Fragt sich: Was ist das für ein Gipfel, um den ein solcher Aufwand betrieben wird?

Was ist die G8 ?

Die "Gruppe der Acht" ist der Kreis der wirtschaftlich einflussreichsten Großmächte: USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Russland. Auf sie entfallen fast zwei Drittel der weltweit produzierten Reichtümer, obwohl in diesen Ländern nur 13,5 % der Weltbevölkerung leben.

All diese Staaten sind bestrebt, im Auftrag ihrer Banken und Konzerne neue Rohstoffwege und Absatzmärkte zu erschließen. Sie mischen sich in die Angelegenheiten fremder Länder ein, setzen dort Regierungen ein oder ab, hetzen Völker gegeneinander auf und schicken unter "humanitären" Vorwänden ihr Militär, wenn sie politisch nicht weiterkommen. Im Kongo bspw. gibt es lukrative Verträge zwischen den europäischen Mächten und der Kabila-Regierung. Die Truppeneinsätze haben den Zweck, den Erhalt dieser Verträge zu gewährleisten, unabhängig davon, wie die Wahlen verlaufen.

Der jährlich stattfindende G8-Gipfel der Regierungs- und Wirtschaftsvertreter dient diesen Staaten dazu, abgeschottet vom Rest der Welt zu tagen; um die Durchsetzung ihrer konkurrierenden Interessen zu schwächen; um Einflussgebiete zu feilschen; Bündnisse mit- und gegeneinander zu schmieden - sowohl auf Konferenzen als auch beim abendlichen Kaminesgespräch.

Die gemütliche Atmosphäre kann jedoch über eines nicht hinwegtäuschen: Der G8-Gipfel ist Ausdruck des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt.

Wir bezeichnen das als Imperialismus.

Was soll beim G8-Gipfel 2007 geschehen?

Der Heiligendammer Gipfel steht unter dem Leitmotiv "Wachstum und Verantwortung". Zentrales Thema soll die Afrika-Politik der G8 sein. Wieder mal ist von

AIDS- und Hungerbekämpfung die Rede. Wie lange schon versprechen die G8-Staaten, gegen AIDS und Hunger vorzugehen! Geworden ist daraus nichts: Laut den Vereinten Nationen ist im Kampf gegen den Hunger in den letzten zehn Jahren kein Fortschritt erzielt worden. Unverändert leiden 820 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. (WAZ v. 30.10.06).

Die Pharmamonopole versuchen unverändert, aus den Medikamenten zur Eindämmung von AIDS möglichst hohe Profite zu schlagen. Hier sieht man, welches Interesse das Kapital hat, den Menschen in Afrika zu helfen! Worum geht es also wirklich, wenn die Großmächte über Afrika verhandeln?

Der Kontinent birgt riesige Vorräte an natürlichen Ressourcen: Uran, Kupfer und Coltan im Kongo, Gold in Simbabwe, Erdöl an der Atlantikküste und im Sudan - die Liste ist nahezu unerschöpflich. Am Beispiel Kongo wurde ersichtlich, wie gezielt bestimmte Regierungen von außen gestützt werden, um den Zugang zu den Ressourcen des Landes zu sichern. In zahlreichen Ländern Afrikas werden bewaffnete Clans und Paramilitärs, z.T. direkt von den Konzernen, aufeinander gehetzt. 2005 beschloss die G8, achtzehn der ärmsten Länder ihre Schulden zu erlassen - dies allerdings geknüpft an Privatisierungen und den Abbau der Außenhandelszölle in den jeweiligen Ländern, also die Lizenz zur freien Ausbeutung. Darum und um nichts anderes geht es, wenn die G8 über Afrika sprechen!

Das Problem ist also nicht, dass bei G8-Gipfeln "falsche" Beschlüsse gefasst würden. Die G8-Beschlüsse sind vielmehr direkte Konsequenz der imperialistischen Interessen der beteiligten Staaten. "Wachstum und Verantwortung" soll heißen: Wachstum der Profite, Verantwortung vor den Aktionären.

Es ist also nicht allein die Erscheinungsform, nicht allein der G8-Gipfel, den es zu bekämpfen gilt. Es gilt auch die Ursache des Ganzen, den Imperialismus als solchen und in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen! Imperialismus führt zu Ausbeutung, Unterdrückung, Massenelend, Umweltzerstörung und ungerechten Kriegen.

Die Rolle Deutschlands

Deutschland, einer der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt, ist seit langem darum bemüht, seinen politischen und militärischen Einfluss entsprechend auszudehnen. Wichtiges Mittel ist dabei der Aufbau des Zweckbündnisses EU zu einer gegen die USA konkurrenzfähigen Weltmacht. Deutsche Soldaten stehen mittlerweile im gesamten Mittelmeer zwecks so

genannter Terrorüberwachung, in Afghanistan, Usbekistan, Djibouti/Horn von Afrika, Bosnien/Herzegowina, Kosova, Demokratische Republik Kongo/Gabun, Libanesisches Gewässer, Sudan, Eritrea/Äthiopien (Quelle: Verteidigungsministerium).

An welchen Aktivitäten in Afghanistan die Spezialeinsatztruppen der KSK tatsächlich beteiligt sind, ist geheim. Bekannt ist aber, dass sie zu dem Nato-Truppen im Rahmen der Aktion enduring freedom gehören, die in Afghanistan den von USA beherrschten Süden betrifft. Die Bundesregierung will in Heiligendamm weitere Investitionsmöglichkeiten für deutsches Kapital ausschlagen und ihre internationale Stellung durch strategische und taktische Bündnisse ausbauen. Sie will aber auch den "deutschen Interessen" auf Kosten der anderen sieben Mächte Geltung verschaffen und sie durchsetzen.

Gleichzeitig ist der G8-Gipfel für die Bundesregierung eine willkommene Gelegenheit, die staatlichen Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahmen auszubauen, um jeden möglichen Widerstand seitens der Bevölkerung im Keim zu ersticken. Medienkonzerne und Sicherheitsbehörden schüren Angst bei den Menschen und erschaffen Feindbilder. Die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten werden erweitert. Immer wieder gibt es Vorstöße, Bundeswehreinheiten im Innern zu legitimieren. Die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen wird vorangetrieben. Die Erfahrungen der letzten Gipfel haben gezeigt: Wenn es um die G8 geht, schlagen Polizei und Staatsschutz besonders hart gegen Demonstrationen zu, gibt es massenweise Verhaftungen, werden Provokateure in die Reihen der Demonstranten geschleust, um diese in der Bevölkerung zu diffamieren (Beispiel: der "schwarze Block" in Genua, 2001).

Weitere Beispiele sind massive Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit, nicht zuletzt die Massenverhaftungen im September 2006 in der Türkei, wo auf Grund des neuen Antiterrorgesetzes binnen zwei Wochen über 70 Revolutionär gesinnte Menschen, darunter 25 Journalisten, ins Gefängnis geworfen wurden.

Warum gegen die G8 kämpfen ?

Um die Profite der deutschen Konzerne zu steigern, werden tagtäglich die Löhne der ArbeiterInnen gesenkt, gibt es Arbeitszeitverlängerungen, Massenentlassungen und Renten-Nullrunden, werden Hartz-Gesetze eingeführt, die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern erhöht, wird bei Gesundheit und Bildung gekürzt, werden gewinnträchtige öffentliche Unternehmen privatisiert u.v.m.

Was sie uns abpressen ist der Spieleinsatz, mit dem in Heiligendamm um Macht und Einfluss gepokert wird.

Hinter den Angriffen auf die Werktätigen, hinter weltweiten Kriegeinsätzen und Großmachtgipfeln wie der G8 steht das Interesse des Kapitals nach Profiten, die im Kampf gegen die Konkurrenten niemals groß genug sein können. Diese Konkurrenz wird unweigerlich auch zu direkten Kriegen zwischen den Großmächten führen, je mehr sich die Ungleichgewichte zwischen ihnen vermehren.

Das alles haben die Werktätigen, die Erwerbslosen, die RenterInnen, die StudentInnen und die SchülerInnen auszubaden, zu bezahlen, ja als Soldat/innen dafür ihr Leben zu geben. Deshalb liegt es in unserem Interesse, dass wir uns an den Protesten gegen den G8-Gipfel beteiligen. Wirksamer Widerstand ist nur möglich, wenn sich alle diese Kräfte gegen den G8-Gipfel zusammenschließen. Wir unterstützen jeden Protest und Widerstand, gegen den G8 Gipfel. Aber wir rufen auf, klare Standpunkte und Forderungen gegen die Repräsentanten des Imperialismus zu vertreten. Wir erwarten keine "besseren G 8 Beschlüsse", sondern wollen eine klare Frontstellung gegen die Politik der imperialistischen Mächte:

1. Keinen Cent für ihre Kriege! Keinen Cent für die Bundeswehreinheiten im Ausland!
2. Schluss mit ihren Kriegen weltweit! Sofortiger Rückzug aller Truppen, Rückzug der Bundeswehr!
3. Vollständige und bedingungslose Streichung aller Schulden der unterentwickelten Länder!
4. Zerschlagt WTO und Weltbank, weg mit Gats und allen internationalen Knebelverträgen! Weg mit dem EU-Verfassungsprojekt! Austritt aus der EU!

Und wir fordern:

1. Weltweite Solidarität mit den gewerkschaftlichen Kämpfen!
2. Schluss mit der "Terror"-Hetze gegen soziale Widerstandsbewegungen und Befreiungsbewegungen!
3. Internationale Solidarität mit allen Kämpfen für Befreiung und sozialen Fortschritt aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

Lassen wir die Herrschaften in Heiligendamm nicht unter sich! Stören wir sie, auch wenn es massive Behinderungen durch Staat und Polizei gibt!

Eine andere Welt ohne Kapital und Ausbeutung, ohne Imperialismus und Krieg ist möglich.

Kämpfen wir entschlossen dafür!

Alle gemeinsam gegen die G8!

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

(Dies ist ein gemeinsames Flugblatt des Anti-G8 Bündnisses gegen Imperialismus und Faschismus.)
Weitere Informationen: www.G8versenken.de

Im Geiste von Karl und Rosa gegen Krieg und Kapital

Gegenwärtig wird von den Herrschenden wieder ein neues Märchen aufgetischt, das Märchen vom Aufschwung und der sinkenden Arbeitslosenzahl. Die Lohnabhängigen werden von den bürgerlichen Parteien, sei es von der Regierung oder der Opposition, über ihre Zukunft nach Strich und Faden belogen. Die Senkung der Arbeitslosenzahlen beruht auf statistischen Tricks, durch das Rausstreichen der 1-Euro-Jobber und vieler Arbeitsloser (58er-Regelung) aus der Arbeitslosenstatistik. Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen beruht nicht zuletzt auch auf dem Stellenwachstum in solchen Bereichen wie Leiharbeit, Minijobs, Teilzeitarbeit und prekären Arbeitsverhältnissen, die teilweise staatlich finanziert werden (Kurzarbeit, Altersteilzeit etc.). Oft sind befristete Verträge an die Stelle früherer Beschäftigungsverhältnisse getreten. Die Zahl der unbefristeten, nicht subventionierter Vollarbeitsplätze sinkt dagegen weiter.

Das Kapital kennt in der Lohndrückerei keine Grenzen. Im neuen EU-Land Rumänien fängt man an, chinesische Arbeitskräfte aus 10 000 km Entfernung zu organisieren und in bestimmten Betrieben einzusetzen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dies auch in anderen EU-Ländern praktiziert wird.

Im Zusammenhang mit der verschärften Ausbeutung wird der Überwachungsstaat ausgebaut und dürfen vom Verfassungsschutz legal die Computer oppositioneller Menschen ausspioniert werden. Der fortschreitenden Reaktion im Inneren entspricht die verstärkte Kriegspolitik nach außen. Für Panzer und Tornados nach Afghanistan, für Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer, für U-Boote für Israel usw. ist hingegen genug Geld da. Bundeskanzlerin Merkel unterstützt voll die Politik der Kriegstreiberstaaten USA und Israel.

Wir Kommunisten unterstützen den Widerstand gegen die Weltherrschaftspläne des Imperialismus. Wir unterstützen die unabhängigen Staaten wie Kuba, Weißrußland, Venezuela, Bolivien, Ecuador, die Volksdemokratische Republik Korea gegen die Subversions- und Umsturzversuche des Imperialismus.

Wir sind solidarisch mit den Befreiungsbewegungen im Irak, Palästina, Libanon, Philippinen, Nordkurdisten usw. im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir sind ein Herz und eine Seele mit den Kämpfern

der Bauern und der internationalen Arbeiterklasse gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten wie z.B. in Oaxaca (Mexiko).

Die KPD/ML will Deutschland aus dem imperialistischen Weltsystem rausbrechen.

Deshalb stellen wir Forderungen auf wie:

● **Abzug der amerikanischen Atomwaffen und**

● **Auflösung der US-Stützpunkte**

● **Austritt aus der NATO**

● **Austritt aus der EU, WTO und allen anderen imperialistischen Organisationen**

Im Juni 2007 kommen die politischen Führer der imperialistischen G8-Staaten nach Heiligendamm, um über ihre Weltaufteilungspläne zu beraten.

Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen auf, Aktionen gegen diese Blutsauger zu mobilisieren, die sich hinter Stacheldraht verkrochen haben.

Demonstrieren wir für eine Welt ohne Hunger, Ausbeutung und Kriege!

Demonstrieren wir für die Macht der Arbeiterklasse und den Sozialismus!

Demonstrieren wir für die Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft, für den Kommunismus!

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.net

und

kpd-ml@arcor.de

Eigendruck im Selbstverlag

Kollegin! Kollege!

Unterstütze den Aufbau Deiner Partei, der KPD/ML!

Unterstütze Deine Zeitung Roter Stern!

Wir bitten um Deine Spende auf das Konto:

Postbank Köln

Konto-Nr. 152160508

BLZ 370 100 50

Über das Ministerium für Staatssicherheit, seine Tätigkeit und über den Widerstand in der DDR

Darüber wollten Schülerinnen und Schüler eines Magdeburger Gymnasiums sich ausführlich informieren.

Auf Einladung einer Schulklass sollte ich über dieses Thema als Zeitzeuge reden. Mitte November war es dann soweit. Mit großer Aufmerksamkeit hörten die Jugendlichen zu. Dass es eine solche Partei gab, das wussten sie bereits. Auch über die Aktivitäten der illegalen Sektion DDR der KPD/ML und welche Ziele sie verfolgte, war einiges bekannt. Der ROTE STERN war ebenfalls keine unbekannte Zeitung. Dennoch, ein Zeitzeuge ist etwas anderes. Zuerst sprach ich über meinen Werdegang, über meine persönlichen Erfahrungen als Jugendlicher mit der DDR.

In der ersten Stunde sprach ich über die Notwendig der Neugründung der Kommunistischen Partei. Was war die DDR für ein Staat? War sie noch sozialistisch? Was ist überhaupt Sozialismus und Kommunismus, und was ist eine Übergangsgesellschaft? (Revisionismus an der Macht) Und wie reagierte die SED auf die Partei? Die ersten Fragen wurden gestellt und sie zeigten, dass die SchülerInnen lebhaftes Interesse an diesem Thema hatten. Sie hatten die DDR selber nicht erlebt. Ihren Eltern, Verwandten usw. haben mit ihnen über die DDR gesprochen, über ihre jeweiligen Erfahrungen mit dem Staat. Politisch interessiert sind sie, jedoch nicht politisch eingebunden.

Seit 1990 habe ich eine Vielzahl von Vorträgen, Diskussionen usw. über die Sektion DDR öffentlich durchgeführt. Die Zuhörer waren überwiegend engagiert, ob kommunistisch, gewerkschaftlich oder pro-anarchistisch. Diese Schulklass war das Gegenteil und sie überraschte mich positiv. Sie sind dem Sozialismus gegenüber aufgeschlossen.

Die Gegenwart - d.h. der Kapitalismus - bietet keine Perspektive. Darüber herrschte Konsens - wie können wir aber erreichen, dass der Sozialismus nicht wieder "den Bach heruntergeht"?

Klar, wir müssen den untergegangenen Sozialismus analysieren - welche Kräfte wirken, die ihn nach rückwärts bringen, und welche ihn nach vorn, hin in Richtung Kommunismus stoßen.

Die Entartung des Sozialismus zeigte sich in der DDR in ihrer perversen Form durch die StaSi, ihren Überwachungs- und Spitzelapparat. Anhand einiger Beispiele erläuterte ich diese StaSi-Aktivitäten, die für den Niedergang der DDR mitverantwortlich waren.

Und heute? Viele Gemeinsamkeiten stellen wir heute fest. Die verfallende Gesellschaft BRD baut immer mehr ihren Überwachungsapparat aus. Schauen wir uns die Politiker an, so lügen und betrügen sie uns. Eine Zukunft in der jetzigen Gesellschaft - die wurde von niemandem auch nur erwähnt. Aber zwei Meinungen wurden in den Diskussionen vorgebracht: Einmal die des Skeptizismus. Der Sozialismus ist ja gut, aber ob er sich durchsetzt, ist ungewiss.

Die Menschen sind das größte Hindernis, wie es ein Schüler nannte. Dem wurde mehrfach heftig widersprochen, andere schwiegen dazu.

Nach 2 Stunden beendeten wir diese sehr interessante Geschichtsstunde mittels Applaus und einem roten Blumenstrauß.

Herbert Polifka

Angebot: Der Autor des Buches "Die unbekannte Opposition in der DDR" ist gern bereit, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen usw. über das Thema zu führen. Interessierte Jugendclubs, Jugendverbände und Schulen können dazu Kontakt aufnehmen.

Außerdem: Seit ca. 4 Jahren werden über das Internet einmal wöchentlich kostenlose INFO-Mail's verbreitet. (Online-Zeitung)

Eine Anzahl von Empfängern erhalten diese, in denen über aktuelle Ereignisse, Demonstrationen, Veranstaltungen usw. berichtet wird. Teilweise werden aus unterschiedlichen Quellen Artikel verwendet, die über die geschichtlichen Ereignisse berichten, über aktuelle Klassenkämpfe und Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus behandeln.

Schwerpunkte sind: Antifaschismus - Antimilitarismus - Imperialismuskritik - Berichte aus Ostdeutschland.

Wer Interesse daran hat und in den E-Mail-Verteiler aufgenommen werden möchte, er/sie sende eine Mail an:

hpolifka@arcor.de

Zur Geschichte der Terrororganisation "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit"

"Aus der DDR darf nichts werden, sonst steht die Existenz des Kapitalismus auf dem Spiel."

Von Adenauer stammen diese Worte: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.

Daran hielten sich dann auch die Politiker im Westen, sie spalteten Deutschland. Zuerst wurde eine separate Währung eingeführt. Dann wurde der Spalterstaat BRD ins Leben gerufen. Hinter verschlossenen Türen ein sogenanntes Grundgesetz erlassen. Ursache war die Furcht der Herrschenden aus Industrie, Banken und Militär, dass es mit ihrer Gesellschaft zu Ende geht.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 entstand erstmals auf deutschen Boden ein Staat, der sich auf einer sozialistischen Bahn entwickeln wollte. Der Ausbeutergesellschaft sollte der Garaus gemacht werden.

Hinter der Fratze der bürgerlichen Demokratie

"Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von West nach Ost beweist - ihre Wirkung nicht," schrieb der "Rheinische Merkur" am 27. Juli 1951.

Verzweifelt suchten die westdeutsche Regierung, ihre Parteiführer und Zeitungen nach Mitteln und Wegen, um die Jugend, die ihnen nicht entglitten ist, weil sie nie ihrer habhaft werden konnte, an sich zu ketten. "Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten", so das "Hamburger Abendblatt" (5.8.1951)

Was war das für ein Staat, der die Jugend anzog? Es war die DDR. Ein Staat, der Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Eine Ordnung, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufheben will und die daraus resultierenden Widersprüche, wie Krisen und Kriege.

Zweimal in zwanzigsten Jahrhundert stürzten die Herrschenden das Volk in einen Weltkrieg. Für die Krupps, Thyssen, Siemens und die Banken, für deren Profit wollte die Jugend Westdeutschlands

nicht noch einmal sterben. Die Restauration der alten Gesellschaft im Westen bot der Jugend keine Perspektive. Am 1. Juli 1951 schrieb die Stuttgarter "Deutsche Zeitung & Wirtschaftszeitung":

"Der westdeutschen Jugend stehen die Gefängnisse offen, aber die Zukunft ist ihnen verschlossen". Des Weiteren: "700 000 Jugendliche in Westdeutschland arbeitslos!"

Und so kam es dazu, dass Anfang der Fünfziger Jahre überwiegend Jugendliche von West nach Ost übersiedelten.

"Wochenschau", Westdeutschland



Wie sehr die Anziehungskraft der jungen DDR war, zeigten die Ereignisse zum Deutschlandtreffen der Jugend 1950. Für die zahlreichen Teilnehmer wurden auch in Westberlin Quartiere gesucht. Vor dem Treffen wurde Westberlin von den bürgerlichen Parteien SPD, CDU und FDP in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand versetzt. Auf einem von diesen Parteien gemeinsam herausgegebenen Plakat hieß es: "Duldet in eigenem Interesse keine Quartierwerbung in Euren Häusern. Nur dadurch könnt Ihr Euch vor Sachschaden, Überrumpelung und Gewalttätigkeiten schützen, die zwangsläufig eintreten müssen, wenn es der SED gelingt, in das freiheitlich gesinnte Westberlin große Massen verhetzter Menschen auf diesem Wege einzuschleusen. Jede Quartiermachung ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt."

Dennoch nahmen Zehntausende Jugendliche aus Westdeutschland am Friedenstag teil. Bei ihrer Rückfahrt dann das:

"In der Nacht zum 31. Mai überschritten mehr als 6000 westdeutsche junge Friedenskämpfer, die am Treffen in Berlin teilgenommen hatten, auf dem Rückweg in ihre Heimatorte die Zonengrenze in der Gegend von Lübeck-Herrenburg. Auf der westdeutschen Seite der Zonengrenze stießen die Jugendlichen auf eine Sperrkette, bestehend aus Stacheldraht und Fallgruben, die mit der gesamten Kasernierten Polizei Nordwestdeutschlands (...) und mit hunderten Polizeihunden besetzt waren. Die Jugendlichen sollten in ein Konzentrationslager eingeliefert werden, um dort festgehalten und registriert zu werden. Unter einmütigem Protest lehnten alle Jugendlichen dies ab (...) Die Polizei ging mit außerordentlicher Rohheit gegen die Jugendlichen vor, Zollbeamte schlugen mit Karabinern auf die Friedenskämpfer ein."

Einen Tag später kapitulierte Adenauers Polizei: 10.000 Westdeutsche Jungen und Mädels erzwangen den Einmarsch: "Unter dem Gesang des Liede 'Dem Morgenrot entgegen' zogen sie in Lübeck ein. Die Hochrufe auf die DDR, auf ihren Präsidenten Wilhelm Pieck wollten kein Ende nehmen." (Zitiert nach dem "Neuen Deutschland", eine SED-Zeitung, die lange Jahre in Westdeutschland verboten war)

Für die Herrschenden stand ihre Existenz auf dem Spiel. Mit allen Mitteln musste dieser Staat DDR liquidiert werden. Allein mit legalen Mitteln konnte das nicht geschehen. Mittels Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda und Terror sollte dies geschehen.

Eine der vielen Terrorgruppen: Die "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit - KgU"

Von Anbeginn spielte Berlin eine besondere Rolle im Kampf gegen die DDR. "Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet. Für die Zurückdrängung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden", so Jakob Kaiser (CDU) am 28. August 1949 und Ernst Reuter (SPD) sprach davon, "unsere Landsleute im Osten endgültig zu befreien" (RIAS, 5.5.49)

Westberlin wurde zum "vorgeschobenen Brückenkopf", in dem sich vielerlei lichtscheues Gesindel sammelte und unter direkter Anleitung und Unterstützung der Westmächte und ihrer Geheimdienste sich zu Agenten-, Spionage- und Terrororganisationen zusammenschlossen.

Um das "Gesicht zu wahren", tarnten sich diese Untergrundorganisationen mit "humanitären

Aufgaben".

So richtete Anfang des Jahres 1948 ein Mann namens Rainer Hildebrandt, ehemaliger SS-Sturmabführer, in seiner Wohnung einen "Suchdienst" ein und entwickelte dabei einen umfangreichen Schriftverkehr.

Wen wollte dieser selbsternannte "Doktor" eigentlich suchen? Jedenfalls niemanden, der im Chaos der letzten Kriegsmonate von seinen Angehörigen getrennt wurde.

Der "Suchdienst" Hildebrandts hatte die Aufgabe, Voraussetzungen für den Aufbau einer Agentenzentrale zu schaffen. In einer KgU-Broschüre von 1952 heißt es unumwunden über die Suchziele der KgU:

Berlin - Kurfürstendamm, Sitz der "Geheimen



Abteilung 7", verantwortlich für Giftanschläge

"Aus den Kreisen dieser Entlassenen (gemeint sind die von der sowjetischen Besatzungsbehörde entlassenen ehemals aktiven Faschisten - RS-Red.) kamen die ersten Mitarbeiter der KgU".

Ende 1948 wurde offiziell der Verein "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit e.V." gegründet, als eine "humanitäre Einrichtung".

Recht schnell begann die KgU ihre Arbeit. Sie erhielt ihre Aufträge von den Alliierten Geheimdiensten. Eine Hauptaufgabe der KgU war es, die DDR mit einem Spionagenetz zu überziehen. Unter "Flüchtlingsen" warb die KgU nicht nur Jugendliche zur Agentenarbeit, sondern sie verschleppte auch Jugendliche. Um den Aufbau in der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, wurde systematisch versucht, Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter in den Westen abzuwerben. Hierbei ging man auch zu individuellen Terror über.

Gleichzeitig ging man dazu über, Sabotage zu betreiben. Es wurden Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnbrücken, Werksanlagen, Kanalschleusen

und auf das Energienetz organisiert. Das "chemisch-technische Laboratorium" der KgU hatte nicht nur Fälschungen vorzunehmen und Sprengmittel, Brandbomben und Thermitsätze zu produzieren, sondern auch Gift herzustellen. Ein Überläufer berichtet auf einer Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin: "Mitte 1952 entwarf Baitz den verbrecherischen Plan, leitende Personen des öffentlichen Lebens, bekannte Persönlichkeiten und Regierungsmitglieder der DDR durch Gift zu beseitigen. Zu diesem Zweck ließ er im Labor ein Kontaktgift herstellen. Dieses Gift hat die Eigenschaft, bereits durch das Berühren mit den Fingerspitzen gesundheitliche Störungen hervorzurufen, die sich steigern und durch Beschädigung des Rückenmarks zu Bewusstseinsstörungen und schließlich zum Tode führen. Zur Anwendung dieses Giftes waren bereits alle Vorkehrungen getroffen worden. Mit diesem Kontaktgift versehene Schreiben, Bittgesuche und Eingaben lagen bereit, um an führende Personen des öffentlichen Lebens und an Regierungsmitglieder verschickt zu werden."

Am 23. Oktober 1952 veröffentlichte der Westberliner "Tagesspiegel" einen Artikel von Ernst Tillich, Nachfolger Hildebrandts: "Wir müssen heute den Mut aufbringen, uns einzugestehen, dass sich in dem gegenwärtigen Stadium kommunistischer Machtkonsolidierung die Sowjetzone nicht aus eigener Kraft befreien kann."

Knapp ein Jahr später benutzte auch Adenauer diesen Begriff. Am 7. September 1953 erklärte er: "Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir sollten aber lieber sagen: Befreiung."

Was diese "Befreiung" bedeutete, hat der Vizepräsident des Bonner Bundestages, Dr. Jäger (CDU), auf dem Deutschlandtag der "Jungen Union" 1956 mit beispiellosem Zynismus dargelegt. Auf die Frage, wie die "Befreiung" von statten gehen solle und ob es dabei zur Gewaltanwendung kommen würde, antwortete Jäger:

"In einem Krieg kann man nicht danach fragen, wer einem gegenübersteht. Hier gilt es zu kämpfen und zu schießen!"

Und die KgU, eine der vielen Stoßtrupps einer 5. Kolonne, hatte ihre Aufgabe, an der "Befreiung" mitzuwirken.

SPD-Terroristenboss Tillich

Unter Tillichs Leitung begann die KgU mit der systematischen Organisation von Verbrechen aller Art gegen die DDR. Tillich selber war der Prototyp eines Karrieristen. Aus der Vielzahl von zum Teil recht einträglichen Posten, die er seit 1950 bekleidete, hier einige:

- Abteilungsleiter der Westberliner "Hochschule für Politik",
- Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks,
- Vorstandsmitglied des West-Ost-Hilfswerkes.

Die administrative Störstelle

Dazu gehörten: Das Archiv und der technische Apparat. Alle bei der Operativen Abteilung und im KgU-Stammhaus einlaufenden Spionageunterlagen und -nachrichten, die sich für die Anfertigung von Fälschungen verwenden ließen, wurden in einem besonderen Archiv gesammelt. In der Fälscherwerkstatt wurden u.a. gefälschte Lebensmittelkarten, Konsumrabattmarken, Beitragsmarken, Briefmarken, Formulare und Briefbögen von Ministerien usw. entworfen und von bestimmten Firmen gedruckt.

Im chemisch-technischen Laboratorium wurden Stinkbomben, Phosphorampullen und verschiedenen metallzerstörende Brandsätze gefertigt. Es wurden aber auch Sprengkörper hergestellt, die auf dem amerikanischen Manövergelände Berlin-Grunewald überprüft wurden.

Sabotage

Die KgU wies ihre Agenten, die sich in staatliche Verwaltungen, in Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen eingeschlichen hatten, an, ihre Funktionen in vielfältigster Form zur Sabotagetätigkeit zu missbrauchen. Diese Agenten wurden beauftragt, durch überspitzte und buchstabenmäßige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen Fehlplanungen zu verursachen, künstliche Defizite zu schaffen, die Fertigstellung von Bauten durch falsche Anweisungen zu verzögern u.a.m. Es gab kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, dessen Entwicklung die KgU nicht durch die von ihr organisierte Sabotagearbeit zu hindern oder zu stören versuchte.

Systematisch wurde z.B. seit 1951 versucht, die Verwaltungsarbeit von Behörden und Betrieben mittels fingierter Dienstanweisungen, die durch Post oder Agenten in den Geschäftsgang geschleust wurden, zu stören. Über den Zweck plauderte Tillich einmal: "...Wir machen den Gegner unsicher

beispielsweise dadurch, dass wir seinen Apparat übermäßig beanspruchen und ihn zu nutzlosem Einsatz zwingen... Diese Bindung der Kräfte ... muss das Prinzip solcher Arbeit bleiben."

Durch Fälschungen aller Art versuchte die KgU auch die Versorgung der Bevölkerung zu stören. Mittels gefälschter Berechtigungsnachweise zum Bezug bewirtschafteter Waren oder gefälschter Lebensmittelkarten, Kohlenkarten, Benzinmarken u.a.m. sollte dies bewerkstelligt werden.

Diversion

Diversionsakte waren verbrecherische Handlungen zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben. Objekte waren Maschinen, technische Anlagen, Bauten, Brücken, Transport- und Verkehrsmittel u.a.m. Sie sollten durch Feuer, Sprengstoff, Säuren u.a.m. beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden.

In der KgU-Anweisung "Amerikanische Panzer auf Rügen" wurden genaue Hinweise gegeben:

"Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen, über die Trafodrähte einen Bindfaden (besser: Draht) zweimal überwerfen und befestigen, Bunatreibstoffe mit Leuna vermischen usw. ...seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen."

Sprengstoffanschläge

Die gemeingefährlichste Form der Diversion waren Sprengstoffanschläge. Durch Verwendung hochbrisanter Sprengstoffe sollte die völlige Zerstörung von Brücken, Talsperren, Betrieben, Kraftwerken und andern technischen Anlagen erreicht werden.

So sprengte der KgU-Mann Albrecht Geßler aus Lübs mit Druckminen auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt Gleisanlagen. Dabei entgleiste auf der Strecke Magdeburg-Dessau die Lokomotive eines Personenzuges.

Der hauptamtliche KgU-Mitarbeiter G.Bruhn plante die Sprengung der Brücke bei Löcknitz und erkundete Möglichkeiten der Sprengung ausländischer Schiffe, die DDR-Häfen anliefen.

Zwei Bitterfelder Agenten planten, den größten Schornstein der Filmfabrik Wolfen zu sprengen. Ihr Ziel: die Produktion des Werkes stillzulegen.

Eine Agentengruppe füllte Säure in die Motoren der Lastwagen des Böhlemer Kombinats "Otto Grotewohl", und zwar am Abend vor dem Ersten Mai. Am nächsten Morgen sollten die Lastwagen

mit den Arbeitern, die zur Demonstration führen, in die Luft fliegen.

Der Agent Lemke übernahm den Auftrag, einen Mast der Starkstromleitung zu sprengen, die das Kraftwerk Zschornowitz mit dem Stickstoffwerk Piesteritz verbindet.

Die Burianek-Bande aus Berlin erhielt den Auftrag, die Eisenbahnbrücke bei Erkner zu sprengen. Das Attentat konnte im letzten Moment verhindert werden. Ein anderer Resident, Gerhard Benkowitz, hatte die Aufgabe, die Saaletalsperre, die Sechsbogenbrücke bei Weimar, die Kegelbrücke u.a. Objekte am sogenannten Tag X zu zerstören. Vor Gericht sagte Benkowitz aus, dass er nicht gezögert hätte, auch einen D-Zug oder einen Kinderferienzug in die Luft zu jagen.

Er nahm den Auftrag an, eine Brücke in Brand zusetzen - der Anschlag mißlang

Und nicht nur materiell wurde die DDR geschädigt:



immer wieder kamen Menschen ums Leben. Am 9. September 1949 jagten Agenten das Nitrierhaus II im Sprengstoffwerk Gaschwitz in die Luft. Zwei Tote wurden aus den Trümmern geborgen. Der Schaden betrug eine halbe Million Mark, und zwei Monate fiel die Produktion aus. Am 17. Dezember kam es gegen 10.30 Uhr in der Sauerwasserstation dieses Werkes zu einer Explosion. Wieder waren drei Tote zu beklagen.

Terror

Der Begriff Terror umschließt sowohl die Drohung mit Gewaltakten als auch die Ausführung von Gewaltakten gegen Einzelpersonen und ganze Bevölkerungskreise, um sie in Furcht und Schrecken zu versetzen und in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit hervorzurufen. Hauptsächliches Ziel war es, das Vertrauen der Bürger der DDR zur Staatsmacht zu erschüttern, ihren Aufbauwillen zu

lähmen. Die Skala dieser von der KgU und ihren Agenten im amerikanischen Auftrag seit Jahren verübten Verbrechen reicht von der Hetze bis zum Mord.

Die KgU leitete z.B. die aus Spionageinformationen erhaltenen Angaben über Bürger der DDR an das amerikanische Agentenzentrum RIAS (Rundfunk im Amerikanischen Sektor) weiter. Der RIAS verwendete diese Angaben für sogenannte Warnsendungen, mit denen er versuchte, vor allem bekannte Funktionäre zu terrorisieren und sie von der Bevölkerung zu isolieren. Die KgU arbeitete unter Anleitung des US-Militärgeheimdienstes CIC und später des CIA.

Weitere Beispiele: Der KgU-Agent G.Heyder verschickte Drohbriefe an verschiedene Funktionäre. U.a. fertigte er auch "Trauerkarten" an und verschickte sie an die Ehefrauen. Mit der Morddrohung "Herzliches Beileid zum baldigen Ableben Ihres Ehegatten" versuchte er, Frauen und Kinder zu erschrecken und einzuschüchtern. Unter Missbrauch der Namen von Ehefrauen, deren Männer im öffentlichen Leben standen, ließ er in den Bezirkszeitungen Traueranzeigen veröffentlichen.

Aber auch im Westen wurde die KgU aktiv. So ließ sie im Juli 1952 an Wohnungstüren von Westberliner Bürgern, die gegen den Generalkriegsvertrag auftraten, gelbe Zettel mit der Aufschrift "Schlagt sie tot!" kleben.

Eines der gebräuchlichsten Mittel des von der KgU organisierten Massenterrors waren Lügen und Hetze gegen die DDR. Gierig griffen die Medien diese Lügen auf. Insbesondere der RIAS.

Häufig wurden Falschmeldungen über die Versorgungslage verbreitet, mit denen Preiserhöhungen und eintretende Warenknappheit bei verschiedenen Industriewaren angekündigt wurden. Dadurch sollte ein Teil der Bevölkerung zu Angsteinkäufen veranlasst werden. Mit der Lüge von einer bevorstehenden Währungsreform in der DDR sollte die Bevölkerung veranlasst werden, ihre Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zu kündigen, womit man erreichen wollte, dass der Bargeldumlauf schlagartig anstieg, die Nachfrage nach Waren bei weitem das Angebot überwog und so die Finanzplanung sowie die Versorgung in der DDR gestört wurden.

Ähnliche Wirkungen sollten die über das ganze Gebiet der DDR gestreuten Flugblätter erzielen. Diese wurden teilweise mit Ballonaktionen abgeworfen. Allein im Jahre 1954 wurden insgesamt über 100 Millionen Hetzflugblätter und Hetzschriften durch die KgU vertrieben, von denen

ca. 68 Millionen die KgU selbst hergestellt hatte. Weitere Terroraktionen waren: Überfälle auf Büros und Heime, deren Ausraubung und Zerstörung. In den verschiedenen Städten der DDR terrorisierte die KgU die Bevölkerung durch Werfen von



Stinkbomben. So in HO-Warenhäusern, großen Restaurants, bei Versammlungen und Kundgebungen, in Kinos, Theatern usw. Das Ziel war, Panik, unter der Menschenmenge zu erzeugen, die Bevölkerung zu verärgern und sie vom Besuch von Veranstaltungen jeglicher Art fernzuhalten.

Störungen der Handelsbeziehungen

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der DDR



war der Außenhandel von großer Bedeutung. Im Rahmen der gegen die DDR und ihre Handelspartner gerichteten Störversuche der USA fiel der KgU eine besondere Rolle zu. Als wichtigstes Mittel zur Störung des Handels benutzte sie gefälschte Schriftstücke, die sowohl das Vertrauen der ausländischen Handelspartner erschüttern als auch den Export der DDR beeinträchtigen sollten.

Die Unterlagen für ihre Fälschungen beschaffte sich die KgU durch Spionage. Die KgU beschaffte sich

auch Informationen über die Handelsbeziehungen der DDR, indem sie die für die DDR bestimmte Post aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland, die über Westberliner Postämter lief, durch Postangestellte überwachen ließ, die KgU- Agenten waren.

“Administrative Störung in der Fälscherzentrale

Die von der KgU gestohlenen Briefe ausländischer



Firmen, die bereits im Geschäftsverkehr mit der DDR standen, wurden von der Fälscherzentrale als Unterlagen zu Fälschungen benutzt. Diese Fälschungen reichten von der "Bitte um Hinausschiebungen der vereinbarten Liefertermine" bis zum "Kündigen von Handelsverträgen".

In einem gefälschten Schreiben an das schwedische Außenhandelsministerium in Stockholm, für das die KgU den Kopfbogen und die Unterschriften der leitenden Mitarbeiter dieses Ministeriums nachahmte, wurde das bestehende Warenabkommen Schweden-DDR "aufgekündigt".

Es wurde auch versucht, durch gefälschte Briefe an Betriebe der DDR den Export zu stören und damit Planprojekte zu gefährden. So erhielt das volkseigene Elektromotorenwerk Wernigerode auf einem gefälschten Briefbogen des DIA Invest-Export die Mitteilung, dass die Produktion von Tropenmotoren einzustellen sei.

VES Henry Pels in Erfurt wurde informiert: "Von unserem holländischen Exportpartner sind infolge unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten die Verträge über Lieferung von Tafelscheren rückgängig gemacht worden. Da wir z.Zt. noch nicht überblicken können, ob wir für diesen Auftrag einen neuen Exportpartner finden, ist die Fertigung von Tafelscheren zugunsten anderer wichtiger Aufträge zu stoppen."

1954 erhielt das türkische Wirtschaftsministerium einen Brief des Deutschen Innen- und Außenhandels: "Die beabsichtigte Errichtung eines

IFA- Kraftfahrzeug-Großhandelswerkes müssen wir wegen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten leider bis zum Jahre 1956/57 zurückstellen." Eine glatte Fälschung.

Aufgrund dieser Fälschungen haben wiederholt ausländische Handelspartner der DDR bei den Außenhandelsorganen in Berlin gegen die angeblichen Änderungen von Handelsvereinbarungen protestiert, weil sie nicht ahnen konnten, dass sie gemeinen Fälschungen zum Opfer gefallen waren.

Weitere Banden der Fünften Kolonne

Mitnichten waren die Verbrecher der Kampfgruppe die einzigen, die gegen den Aufbau der DDR mit allen Mitteln kämpften.

Da waren einmal die sogenannten Ostbüros der Parteien des Westens.

Tausende Agenten arbeiteten für die Ostbüros der SPD, der CDU und der FDP.

Sie sollten "im politischen Widerstand, den Boden bereiten für eine Wiedervereinigung", hiess es später lapidar. (Spiegel, 25/90)

In einer Dissertation "Das Ostbüro der SPD 1946-58" stellt der Autor Wolfgang Buschfort fest: Das Ostbüro arbeitete "im konspirativen Bereich stark" mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen; sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung (oder besser "Befreiung") ein "besseres Nürnberg" zu ermöglichen - die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer; schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime - Hunderte wurden gefasst und zu hohen Haftstrafen verurteilt. (Der Spiegel, 25/90)

Joachim Müller vor Gericht

In seiner Broschüre "Kuriers-Spitzel-Spione" (Dietz Verlag, 1949) berichtet der ehemalige Leiter der



Berliner Filiale des Ostbüros, Heinz Kühne, über den Spitzel- und Spionageapparat der SPD. "Mein

ständiger Umgang mit führenden Funktionären der SPD in Hannover und Berlin sowie meine Tätigkeit in ihrem Auftrag, ein illegales Netz für Spionagezwecke in der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, haben mich endgültig davon überzeugt, dass die Politik der heutigen Sozialdemokratie den Interessen der deutschen Arbeiterschaft und darüber hinaus aller in Deutschland von ihrer Arbeit lebenden Menschen nicht dient."

Weitere Agenten- und Terrorzentralen waren:

- Der "Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen". Neben Wirtschafts- und Militärsplionage, Diversions- und Sabotageakten versuchte er vor allem, Angehörige der Intelligenz nach den Westen zu locken, wobei er mit Versprechungen oder terroristischen Druckmitteln operierte.

- Die sogenannte "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) wurde am 9. Februar 1950 auf Veranlassung englischer Geheimdienstoffiziere gebildet. Die Leitung setzt sich vor allem aus Faschisten zusammen, die von 1933 bis 1945 leitende Funktionen im faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten, der Gestapo angehörten oder höhere Dienstgrade bei der SS und SA besaßen.

Enge Verbindungen bestanden zwischen KgU zur politischen Polizei Westberlins (Abteilung 1), zum Amt für Verfassungsschutz und zum militärischen Geheimdienst der BRD.

Unabhängig von den oben genannten Organisationen leisteten die westlichen Geheimdienste ihre eigenständige Arbeit gegen die DDR. So wandten die Amis im Jahre 1950 biologische Waffen gegen die DDR und die Tschechoslowakischen Republik an, indem sie von Flugzeugen aus und durch Bodensabotage gewaltige Mengen von Kartoffelkäfern verstreuten, um die Pflanzen zu vernichten.

Das Ende der KgU

Brand und Mord, Sabotage und Unruhestiftung - allerdings dauerte das nur einige Jahre. Strategen des "verdeckten Krieges" plädierten dann dafür, die Stoßtrupps der Agentenultras aus der Front zu ziehen. Ihre Wirksamkeit war letzten Endes doch begrenzt, und obendrein wurden oft Agenten erwischt, ehe sie noch ihre Attentate hatten ausführen können. In schlotternder Angst verrieten sie dann alles, was sie wussten, und offenbarten damit, dass der "verdeckte Krieg" jener Tage eine brutale Serie von wüsten Anschlägen war. Im Jahr 1959 wurde die KgU nach Absprache zwischen CIA, dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen

und dem BND aufgelöst. Nach der Wiedervereinigung wurden viele der von DDR-Gerichten verurteilten KgU-Verbrecher rehabilitiert - das Bundesverdienstkreuz haben sie nicht bekommen, ...noch nicht!

Im Bewusstsein vieler Bürger wurde es immer klarer, was Organisationen wie die KgU waren. So erklärte auf einem Treffen der Evangelischen Jugend Westdeutschlands im Oktober 1952 Kirchenpräsident D.Niemöller: "Ich halte diese Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für eine Verbrechergruppe."

Die Bürger der DDR konnten kaum davon überzeugt werden, dass man für die "Menschlichkeit" und gegen den Kommunismus kämpfen solle.

Eine Reihe von diese Organisationen löste sich Ende der Fünfziger/Anfang der Sechziger Jahre auf.

Nachbetrachtung

Mit der schrittweisen Einstellung der Tätigkeit dieser Spionage- und Terrorzentralen bzw. mit ihrer eingeschränkten Tätigkeit war der Kampf gegen eine weitere sozialistische Entwicklung in der DDR jedoch nicht beendet. Ein weiterer Feind ergriff die Initiative: Der aus den eigenen Reihen, wie Tucholsky sagen würde.

Bürokratismus, die selbstgefällige Arroganz einer Führungsschicht, Bevormundung und Gängelung der arbeitenden Menschen, Kriechertum und Speichelleckerei wurden allesbeherrschend im Leben des Landes. Diese Atmosphäre wirkte sich verheerend aus. Der Elan erlahmte, Selbsttätigkeit und Eigeninitiative wurden als Gefahr für den Erhalt des Staates gesehen und daher immer mehr eingeschränkt, liessen das Interesse am Sozialismus erlahmen. Teile der Bevölkerung übersiedelten in den Westen; für sie wurde die DDR immer unattraktiver. Mit dem Bau der Mauer war dann das endgültige Ende einer sozialistischen Entwicklung der DDR gekommen. Auch wenn der Name beibehalten wurde - allein, der Inhalt war ein anderer.

* * * * *

Der ehemalige CIC-Agent Theodor Hans in einem Interview 2005:

“Wenn man die Ziele dieser psychologischen Kriegsführung als Aufgabe sieht, dann würde ich sagen, dass die KgU eine der wichtigsten Organisationen für diese Arbeit war.”

Was wäre, wenn...

Weihnachten heute und nicht vor 2006 Jahren

**Säugling in Stall gefunden - Polizei und Jugendamt ermitteln
Schreiner aus Nazareth und unmündige Mutter vorläufig festgenommen**

BETHLEHEM (dpn): In den frühen Morgenstunden wurden die Behörden von einem besorgten Bürger alarmiert. Er hatte eine junge Familie entdeckt, die in einem Stall haust. Bei Ankunft fanden die Beamten des Sozialdienstes, die durch Polizeibeamte unterstützt wurden, einen Säugling, der von seiner erst 14-jährigen Mutter, einer gewissen Maria H. aus Nazareth, in Stoffstreifen gewickelt in eine Futterkrippe gelegt worden war. Bei der Festnahme von Mutter und Kind versuchte ein Mann, der später als Joseph H., ebenfalls aus Nazareth identifiziert wurde, die Sozialarbeiter abzuhalten. Joseph, unterstützt von anwesenden Hirten sowie drei unidentifizierten Ausländern offenbar orientalischer Herkunft, wollte die Mitnahme des Kindes unterbinden, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Festgenommen wurden auch die drei Ausländer, die sich als "weise Männer" eines östlichen Landes bezeichneten. Sowohl das Innenministerium als auch der Zoll sind auf der Suche nach Hinweisen über die Herkunft dieser drei Männer, die sich anscheinend illegal im Land aufhalten. Ein Sprecher der Polizei teilte mit, dass sie keinerlei Identifikation bei sich trugen, aber in Besitz von Gold, sowie einigen, möglicherweise verbotenen Substanzen waren. Sie widersetzten sich der Festnahme und behaupteten, Gott habe ihnen angetragen, sofort nach Hause zu gehen und jeden Kontakt mit offiziellen Stellen zu vermeiden. Die mitgeführten Chemikalien wurden zur weiteren Untersuchung in das Kriminallabor geschickt. Ein terroristischer Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden, wie Innenminister Scheubier mitteilen ließ.

Ebenso festgenommen und befragt wurde der Besitzer des Stalls, der Eigentümer des Hotels "Bethlehem Inn". Da er Gästen erlaubt hat, in seinem Stall zu nächtigen, in dem es keine nach Geschlechtern getrennten Toilettenräume gibt, bedeutet das für ihn vermutlich den Verlust der Beherbergungserlaubnis, wegen Verstoßes gegen Sicherheits- und Gesundheitsauflagen der Hotel- und Gaststättenverordnung. Die Tatsache, dass sich in dem Stall auch Lebewild (1 Ochse und 1 Esel) befand, bedarf ebenfalls einer Untersuchung, da fraglich ist, ob in einer Gegend mit Mischgewerbe Nutztiere gehalten werden dürfen. Der Aufenthaltsort des Säuglings wird bis auf

weiteres nicht bekannt gegeben. Eine schnelle Klärung des ganzen Falls scheint sehr zweifelhaft. Auf Rückfragen teilte eine Mitarbeiterin des Sozialamts mit: "Der Vater ist mittleren Alters und die Mutter ist definitiv noch nicht volljährig. Wir prüfen gerade mit den Behörden in Nazareth, in welcher Beziehung die beiden zueinander stehen." Joseph H. hat zugegeben, Maria aus ihrem gemeinsamen Zuhause in Nazareth wegen einer vorgeschriebenen Volkszählung mitgenommen zu haben. Da sie aber wohl bereits bei der Abreise schwanger war, prüfen die Ermittler, ob es noch andere Gründe gab, Nazareth zu verlassen. Joseph H. wird ohne Kautions festgehalten. Die Anklagepunkte lauten auf: Misshandlung, Entführung, Gefährdung und Unzucht im Zusammenhang mit Minderjährigen.

Maria H. ist im Kreiskrankenhaus in Bethlehem zu medizinischen und psychiatrischen Untersuchungen. Auch sie kann mit einer Anklage wegen Fahrlässigkeit rechnen. Ihr geistiger Zustand wird deshalb näher unter die Lupe genommen, weil sie behauptet, sie wäre noch Jungfrau und der Säugling stamme von Gott.

In einer offiziellen Mitteilung des Leiters der Psychiatrie steht: "Mir steht nicht zu, den Leuten zu sagen, was sie glauben sollen, aber wenn dieser Glaube dazu führt, dass - wie in diesem Fall - ein Neugeborenes gefährdet wird, muss man diese Leute als gefährlich einstufen. Die Tatsache, dass Drogen, die vermutlich von den anwesenden Ausländern verteilt wurden, vor Ort waren, trägt nicht dazu bei, Vertrauen zu erwecken. Ich bin mir jedoch sicher, dass alle Beteiligten mit der nötigen Behandlung in ein paar Jahren wieder normale Mitglieder unserer Gesellschaft werden können."

Zu guter Letzt erreicht uns noch diese Information. Die anwesenden Hirten behaupteten steif und fest, dass ein großer Mann in einem weißen Nachthemd mit Flügeln (!) auf dem Rücken ihnen befohlen hätte, den Stall aufzusuchen und das Neugeborene zu seinem Geburtstag hoch leben zu lassen. Dazu meinte ein Sprecher der Drogenfahndung: "Das ist so ziemlich die dümmste Ausrede eines vollgekickten Junkies, die ich je gehört habe." Na denn... frohe Weihnachten!

Deutschland verhängt Einreiseverbot gegen Awni al-Kalemji Völkerrecht und freie Meinungsäußerung = Gefährdung der öffentlichen Sicherheit

Im Frühjahr 2006 begab sich Awni al-Kalemji, der Sprecher der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), auf eine Vortragstour durch Deutschland, die ihn unter anderen nach Berlin und Hamburg führen sollte. Er war u.a. vom "Deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak", einem Bündnis antiimperialistischer Kräfte, das den Widerstand des irakischen Volkes gegen die US-amerikanische Besatzung unterstützt, eingeladen worden. Der Verein "Initiativ" aus Duisburg, der im



Antiimperialistischen Lager organisiert ist und durch die Kampagne "10 Euro für das irakische Volk im Widerstand" hervorgetreten war, hatte an der Vorbereitung der Veranstaltungsserie führend Anteil.

Doch die Vorträge in Berlin und Hamburg wurden durch massiven Polizeieinsatz verhindert, Awni al-Kalemji festgenommen und schließlich abgeschoben. Grund: er habe in öffentlichen Stellungnahmen zu strafbaren Handlungen aufgerufen. Gemeint war damit der irakische Widerstand.

Ein Strafverfahren wegen "Aufforderung zu Straftaten" musste die Staatsanwaltschaft im Mai 2006 einstellen.

Damit waren die staatlichen Repressionen aber nicht beendet. Die Berliner Ausländerbehörde verhängte am 27.9.2006 ein Einreise- und Aufenthaltsverbot. An der abenteuerlichen Begründung zeigt sich, wie sehr die demokratischen Grundrechte dem Terrorkrieg auf Seiten der USA zum Opfer gebracht werden. Die BRD verfügt als antikommunistischer

Frontstaat in Kontinuität mit dem Nazismus über eine repressive Tradition, die einer, oft auch nur vermeintlichen Systemopposition immer die Grundrechte verweigerte - seien es Antifaschisten, Kommunisten, Kurden oder heute alle möglichen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Das nennt man dann Rechtsstaat - und verfolgt jene, die das anderes sehen. Gegen Awni al-Kalemji wird der Vorwurf erhoben, dass er mit der politischen Unterstützung des irakischen Widerstands die "öffentliche Sicherheit und

Ordnung der BRD beeinträchtigt". Indes wird eingeräumt, dass sich Kalemji ausschließlich für "politische Vorstellungen öffentlich betätigte". Es ist also nur die Rede von Meinungsdelikten, nicht von Straftaten im Sinne eines demokratischen Justizsystems.

Der zuständige Beamte ist bei der Rechtfertigung der Einschränkung der politischen Freiheiten zugunsten der Staatsraison erstaunlich offen: "Dies [Kalemjis Billigung des Widerstands] beinhaltet eine Beeinträchtigung der Grundinteressen der Gesellschaft, gerade wenn es um auswärtige Belange der BRD geht, hier das Verhältnis zum Irak und den USA." Ganz die Tradition des Bismarckschen Polizeistaates.

Und wenn rationale Argumente nicht mehr in Anschlag gebracht werden können, so wird Kalemji, der Zeit seines Lebens sich als säkularer Nationalist und Marxist bezeichnete, kurzerhand zum radikalen Islamisten gestempelt. Denn in der öffentlichen Meinung wurde der Islam ausreichend zu einem Feindbild gemacht, dessen Verfolgung man dann nicht näher begründen zu

brauchen glaubt. In einer Anhörung hatte al Kalemji den ihm vorgeworfenen Tatbestand nach § 55 Abs.2 Nr.8a Aufenthaltsgesetz postwendend den USA angelastet:

nämlich Verbrechen gegen den Frieden oder die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder terroristische Taten nicht allein nur zu billigen, wie das Gesetz es mit Ausweisung ahndet, sondern federführend zu begehen. Diese politische Argumentation, der in Europa Millionen gefolgt sind und mit Sicherheit von der Mehrheit der Weltbevölkerung geteilt wird, dient dann als Beweis, dass sich Kalemji "nicht von seiner radikalen islamistischen Position abgewandt" hat.

Der Gipfel des Zynismus wird dort erreicht, wo der Einwand, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung beeinträchtigt sei, damit abgetan wird, dass das Aufenthaltsverbot ja nicht für den gesamten Schengen-Raum gelte. Meinungsfreiheit ja, aber bitte nicht in Deutschland!

Damit zeigt sich nicht nur ein weiteres Mal, dass sich die BRD völlig im Schlepptau der USA befindet und sich hinter ihre völkerrechtswidrigen imperialen Kriege stellt. Sondern es wird auch klar, wie verlogen der offizielle Antifaschismus ist. Dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird im Gegensatz zu früher zwar gehuldigt, aber nicht um daraus den Auftrag abzuleiten, gegenwärtige und zukünftige imperialistische Verbrechen zu bekämpfen, sondern im Gegenteil: eben diesen Verbrechen wird auf infame Weise sogar noch ein antifaschistischer, humanitärer Mantel umgehängt. Dazu wird der Widerstand gegen das US-Imperium gerne in die Nähe eines neuen Faschismus gestellt. Und so wie die Nazis ihre Gegner pauschal als Banditen verunglimpften, so gilt in Euroamerika der aktive Widerstand gegen imperialen Machtanspruch grundsätzlich als terroristisch.

Durch seinen Hamburger Anwalt Heinz Jürgen Schneider hat Awni al Kalemji gegen den Bescheid Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Mit einem Prozess ist erst 2007 zu rechnen. Die juristische Argumentation geht in zwei Richtungen: Die Maßnahme ist rechtswidrig, weil das Aufenthaltsgesetz nicht verletzt ist. Außerdem verstößt das bezweckte "Redeverbot" gegen die Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit.

Der "Fall Kalemji" ist ein "Fall BRD". Auch gegenüber anderen Politikern oder Organisationen wird jetzt mit Visa-Ablehnungen ein Auftreten in Deutschland verhindert. Würde die Einreiseverweigerung rechtskräftig, besteht deshalb ein Präzedenzfall für viele unerwünschte Meinungen.

Initiativ e.V. (Duisburg)

Antiimperialistische Koordination (Wien)

Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak

Vereinigung Für Internationale Solidarität e.V.

Grußadresse an die Veranstaltung der MLKP am

21.Oktober in Köln-Mülheim

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die KPD/ML sendet Eurer Veranstaltung die herzlichsten Kapmfesgrüße. Wir verurteilen die bestialischen Angriffe der terroristischen Militärregierung der Türkei auf die Zeitschrift Atilim und andere revolutionäre Organe, Organisationen und Gewerkschaften. Diese Angriffe erfolgen im Rahmen der erhöhten Kriegsgefahr im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten, im Rahmen der Kriegspläne des US-Imperialismus und seiner Verbündeten gegen den Iran. Der Imperialismus und seine kapitalistische Basis geraten immer mehr in die Krise und der Krieg erscheint ihm als letzter Ausweg. Auch in den sogenannten demokratischen Staaten nehmen der Überwachungsapparat und die Unterdrückung der werktätigen Massen und der fortschrittlichen Organisationen zu. Wir sind sicher, dass sich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in Türkei/Nordkurdistan noch mehr zusammenschließen werden und die Vernichtungspläne der tollwütigen Halunken und Handlanger des weltweiten Kapitalismus und der türkischen Bourgeoisie vereiteln werden. In Deutschland bröckeln die sogenannten Volksparteien immer mehr ab und müssen dadurch immer mehr ihr wahres Gesicht als Klassenparteien des Kapitals offenbaren, was auch hier den Klassenkampf verschärfen wird. Die Lage der Kapitalisten ist trostlos und der Sozialismus wird immer mehr Menschen zur Hoffnung.

Freiheit für die Gefangenen der Zeitung Atilim und für alle politischen Gefangenen in Türkei/Nordkurdistan!

Die Arbeiterklasse in Türkei/Nordkurdistan wird siegen!

Dokumentation:

Saddam lebt und stirbt im Dienste der USA

Muslim-Markt, 30.12.2006 - Da soll jener Massenmörder also über Nacht gehängt worden sein, und seine Leiche soll geheim verbuddelt werden. Aber warum so viel Nahrung für Verschwörungstheoretiker?

Was war das für ein Leben im Dienste der USA. In Ägypten als Student von einem CIA-Agenten angeworben, schießt er sich im wahrsten Sinn des Wortes an die Spitze des Irak. Dort lässt er jeden ermorden, der den US-Interessen schaden könnte, ob islamischer Revolutionär oder Kommunist. Viele



erledigt !

geehrte Persönlichkeiten der Gelehrtenfamilien Sadr und Hakim soll er persönlich umgebracht haben. Unter massiver Unterstützung der USA hat er den mörderischen Krieg gegen die noch junge Islamische Republik Iran eröffnet. Unter massiver

Unterstützung der USA hat er Giftgas auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt, und die gesamte westliche Welt hat ihn dabei gedeckt (nur Ex-Außenminister Genscher hat damals vorsichtig geräuspert und wurde fortan von Muslimen "Bruder Genscher" genannt, und von den USA gehasst).

Im verdeckten Auftrag der USA hat Saddam Kuwait überfallen, um dann seine halbe Armee kampflos, zurückdrängen zu lassen. Als es den USA aber dann wieder genehm war, durfte er die Aufstände in Kerbela blutig niederschlagen. Auch beim letzten Einmarsch der US-Truppen hat er offenbar dafür gesorgt, dass die Armee sich nicht gewehrt hat (der echte Widerstand begann erst sehr viel später). Dann wurde er angeblich in einem "Erdloch" gefunden - was für eine perfekte Inszenierung! Und jetzt sei er Tod!

Auf seinen Tod haben Hunderttausende gewartet. Auch wenn die EU die Todesstrafe ablehnt, Saddam hat zu viele Morde auf seinem persönlichen Gewissen (wahrscheinlich nur noch übertroffen von seinen Zeitgenossen Bush und Olmert), als dass ihm irgendjemand eine Träne nachweinen würde, und letzte Nacht soll er im Morgengrauen im Irak unter Ausschluss der Öffentlichkeit hingerichtet worden sein. Aber warum wird solch ein Mensch, auf dessen Hinrichtung das ganze Land wartet, unter Ausschluss der Öffentlichkeit hingerichtet? Das

irakische Fernsehsender vermeldete das unter Berufung auf das Außenministerium in Bagdad, aber seit wann ist das Außenministerium zuständig für die Verhängung der Todesstrafe im Inland?

Die Hinrichtung sei gefilmt und auf Fotos festgehalten worden. Aber bislang sei noch keine Entscheidung gefallen, ob die Aufnahme der Öffentlichkeit gezeigt werden sollen. Warum soll denn die ganze Welt die Chance erhalten zu glauben, dass da einmal mehr in Hollywood nachgearbeitet werden muss? Und warum darf die Leiche nicht übergeben werden? Wie ausgerechnet der US-Anwalt Curtis Doebbler dem US-Sender CNN sagte, wolle die irakische Regierung den Leichnam Saddams nicht der Familie übergeben, sondern in einem anonymen Grab beisetzen. Aha, also alle Welt soll die Chance erhalten daran zu glauben, dass er gar nicht hingerichtet wurde, aber warum?

Es ist inzwischen zu einem Trauerspiel westlichen Journalisten geworden, dass sie selbst ihre ehemaligen Berufsgenossen im Warschauer Pakt in der Regime-Treue und Hofberichterstattung bei weitem übertreffen! Warum stellt nicht ein westlicher Main-Stream-Journalist all diese Fragen, die jedem Leser der Berichte sofort einfallen würden? Wahrscheinlich weil er die Antworten kennt und darüber nicht berichten darf.

Zweifelsohne: Saddam ist tot! Dabei spielt es wirklich keine Rolle, ob er jetzt bereits unter der Erde verweilt oder noch einige Jährchen in Malibu in irgendeiner Villa! Sein Urteil für das ewige Leben erhält er ohnehin von dem gerechtesten aller Richter, und im Diesseits kann er nicht mehr verwendet werden. Nicht einmal die USA können ihn noch gebrauchen. Also, was soll all das Theater um seinen Tod und diese perfekte Inszenierung, die nur den Verschwörungstheoretikern dienlich ist? Die Antwort ist ganz einfach: Die westliche Welt - allen voran die USA - benötigen jene Verschwörungstheorie in diesem Fall selbst!



Milosevic entkommen



Franco: entkommen

Saddam war doch nicht die einzige Marionette westlicher Gnaden, die ihr eigenes Volk umbringen lässt. Saddam war doch nicht der einzige Massenmörder, dem kein noch so unschuldiges Blut zu schade ist, wenn er nur seine westlichen Auftraggeber glücklich machen kann. In zahlreichen arabischen Scheichtümern, Emiraten und sonstigen Diktaturen herrschen lauter kleine Saddams! In Saudi-Arabien herrscht eine ganze Saddam-Clique, die selbst die islamischen Feiertage nicht nach dem Mond, sondern nach dem Befehl der USA ausrichtet. So ist z.B. heute gemäß dem Mond der Tag von Arafat, aber die Saudis lassen heute das Fest feiern. Nicht einmal diejenigen, die heute noch in Arafat verweilen wollen, wird es gestattet. Mit Schlagstöcken wird Arafat geräumt! An welcher Heiligen Stätte der Welt gibt es so etwas? In Jordanien herrscht ein Erbmonarch, der seine Ausbildung an einer britischen Offiziers-Elite-Akademie erhalten hat. Sein verstorbener Vater war Klassenkamerad des Omanischen Herrschers. In Marokko herrscht ein König, der sich zudem "Befehlshaber der Gläubigen" rufen lässt, unterstützt vom französischen Geheimdienst, sozusagen ein Kaiser. In Algerien und Tunesien brauchen sich die Tyrannen nicht einmal König zu nennen. Falls bei einer



Pinochet: entkommen

Wahl weniger westfreundliche Parteien gewählt werden, wissen die Militärherrscher sich für jedem Putsch der westlichen Unterstützung sicher! In Ägypten herrscht ein Mann, den nur die Tatsache, dass er keine Pyramiden bauen lässt, von der Brutalität eines Pharaos unterscheidet; ganz zu schweigen von so manchem Machthaber im heutigen Irak oder Afghanistan.

Was sollen die alle denken, wenn eine Marionette, die so viele Jahre und so extrem wunschgemäß den USA gedient hat, nunmehr unter den Augen der USA hingerichtet wird? Selbst wenn jene Herrscher nicht unbedingt mit übermäßiger Weisheit gesegnet sind, so könnten auch sie sich die Frage stellen, was eines Tages mit ihnen selbst geschieht, wenn sie nicht mehr gebraucht werden!?

Aber da haben die USA jetzt vorgesorgt! Saddams Ableben wurde derart inszeniert, dass jenen westhörigen Herrschaften in Hinterzimmern

eingeredet werden kann, dass selbst in solch einer prekären Lage die USA ihre Wege und Mittel kennen, um ihnen einen ruhmvollen Lebensabend zu vergönnen.

Den Schah hat man schließlich einstmals auch nicht ausgeliefert, sondern eines natürlichen Todes an Krebs in Ägypten sterben lassen. Also liebe Könige, Prinzen, Emire, Scheichs, Präsidentialtyrannen und sonstige Marionetten der westlichen Welt. Ihr könnt Euch also doch die Hoffnung machen, dass die USA Euch raushauen wird, wenn der Strang schon auf Euch wartet. Aber verlassen kann man sich natürlich



Putin: ???

darauf nicht, nur hoffen, dass die Lüge in der Lüge nicht ganz so verlogen ist, wie das ganze System, das all diese Inszenierungen für die Menschheit bereitet.

Saddam ist tot, so oder so. Die EU wird sagen, dass das nicht gut ist. Die USA werden sagen, dass das toll ist. Verschwörungstheoretiker werden in den

nächsten Tagen die Ungereimtheiten feststellen und im Internet nachfragen. Die etablierte Presse wird das ganze abbügeln. Und für die westliche Welt beginnt das Jahr 2007, wie das Jahr 2006 endet: Mit einem System, das glaubt, ewig die Welt beherrschen und große Teile der Menschheit unterdrücken zu können.

Wer jetzt denkt, dass der Geschichtsunterricht, der ja gemäß diverser Studien nicht zu den Highlights westlicher Lehre gehört, nur deshalb so schwach ist, damit das Volk nicht weiß, dass selbst die US-Vorherrschaft über die Welt nicht ewig währen wird, der geht wirklich zu weit mit seinen Verschwörungsgedanken. Aber sie wird nicht ewig währen!



G.W.Bush: ???

Abtritt eines Phantoms: http://ralph-kutza.de/_Saddam_tot/_saddam_tot.html

(Die Bilder stammen nicht aus dem Originalartikel)

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-DC** kostets 5 €, jede **Doppel-DC** 8 €, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:
- * **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Albanische Hefte 1/2004
- ☛ **NEU:** Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
- ☛ **NEU:** Zionismus - Todfeind der Völker
- ☛ **NEU:** Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
- ☛ **NEU:** Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

**H. Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

Bankverbindung: **Postbank Köln, K-Nr.: 152160508 BLZ**

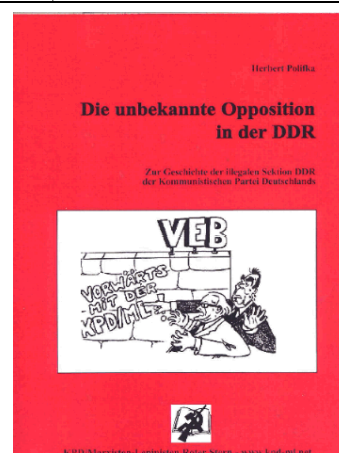
370 100 50, Kennwort F.Pöschl

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

Neuerscheinung 2005: (nur noch wenige Exemplare)

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) **Preis: 18 €**



Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust

verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.”
(W.I. Lenin)